

Tagebuch 1964

Erste Wahlvorbereitungen. Interne Streitereien

Montag, den 6. Januar 1964

Mende bat heute morgen im „Team“, bei der Kommentierung des Passierscheinabkommens nicht über das bisher Gesagte hinauszugehen, um nicht CDU und SPD (!) gegen die Berlin-Politik der FDP und des Berliner Senats aufzubringen. Im übrigen äußerte sich der Vorsitzende positiv über meine bisherigen Artikel zur Berlin- und Deutschlandpolitik. Das freut mich, denn der letzte (vom Freitag) fand ein relativ breites Presse-Echo, wobei die *Welt* einen gewissen Gegensatz zwischen der Haltung der Bundesregierung und diesem Kommentar herausarbeitete. Bundeskanzler Erhard und die meisten seiner Kabinettskollegen wollen offenbar die für Weihnachten getroffene Passierscheinvereinbarung nur als Ausnahme gelten lassen, d. h. auch, Gespräche mit Ostberlin nur noch über die Treuhandstelle für den Interzonenhandel führen. Auch Dellinghausen, der mich heute schon zum zweiten Male wegen des Artikels vom 27. Dezember anrief, zeigte sich über meine positivere Einstellung zum Abkommen ausgesprochen verärgert: Ob ich mir das auch genauestens überlegt hätte – „haben Sie noch keine kalten Füße bekommen?“ Warum wohl? D. bat mich um einen Besuch im Ministerium, damit wir über diesen Kommentar sprechen könnten. Wie leicht diese Vertreter eines „harten Kurses“ doch zu erschüttern sind ...

Dienstag, den 7. Januar 1964

Staatssekretär Carstens berichtete heute nachmittag vor der Fraktion über den Fall Argoud¹. Die französische Regierung habe sich zunächst kooperativ gezeigt, doch im Verlaufe von sechs bis sieben Gesprächen mit dem AA wurden unsere Freunde im Westen immer zurückhaltender. Nachdem der französische Botschafter im Dezember ein Rechtshilfeersuchen der Bundesregierung zurückgewiesen hatte, forderte Bonn die Rückstellung Argouds; eine entsprechende Erklärung wurde dem Botschafter am

¹ Der ehemalige Panzeroberst der französischen Armee, Antoine Charles Argoud, Führer der CAS und Mitglied des Nationalen Widerstandsrates, wurde am 25. 2. 1963 in München von französischen Geheimpolizisten gekidnappt und nach Paris verschleppt. A. war einer der Organisatoren des Aprilputsches 1961 und seinerzeit seines Ranges als Oberst verlustig erklärt sowie in absentia zum Tode verurteilt worden. Die durch das Kidnapping erfolgte Verletzung der Souveränität der Bundesrepublik war Anlaß für mehrere deutsche Demarchen bei der französischen Regierung (ADG, S. 10435 f.).

12. Dezember von C. übergeben. Paris behauptet jetzt, eine Note nicht erhalten zu haben (es war nur ein aide memoire). Darum übermittelte die Bundesregierung den Franzosen am 30. Dezember eine förmliche Note, die Paris mit einer Gegennote beantwortete. Darin wird Bonn vorgeworfen, Argoud Asylrecht gewährt zu haben. Heute hat die Bundesregierung nun ihre Antwortnote auf den Weg gebracht und darin vorgeschlagen, ein Schiedsgericht anzurufen und Konsultationen nach Maßgabe des Elysee-Vertrages durchzuführen.

Krone hat – einem Bericht im heutigen *Tagesspiegel* zufolge – in seiner PSK gegen meinen Artikel vom 3. Januar nicht gerade überzeugend Stellung genommen. Wagner fügte hinzu, daß den von mir geäußerten Ansichten über die Vorteile, die Ulbricht aus der Übernahme seiner Argumente durch unsere Kalten Krieger ziehe, in Bonner Regierungskreisen scharf widersprochen werde. Ich habe auch nichts anderes erwartet.

Mittwoch, den 8. Januar 1964

Am späten Nachmittag gab Erhard vor der FDP-Fraktion einen recht dürftigen Bericht seiner Reisen nach Paris und in die USA. Er schwärmte von der freundlichen Behandlung, die Johnson ihm angedeihen ließ, und auch de Gaulle scheint unseren treuherzigen Kanzler eingewickelt zu haben². Brillant dagegen, was und vor allem *wie* Schröder im Anschluß daran vorzutragen wußte. Der Außenminister glänzte durch subtile Kenntnisse ebenso wie durch seine Geschicklichkeit, auch heikelste Fragen (deutsch-französisches Verhältnis, EWG-Krise, Passierscheinproblematik) zu erörtern, ohne deren Schwierigkeiten allzusehr zu bagatellisieren. Schröders ostpolitische Doktrin: Erst Ausbau der Kontakte und Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, bevor man auf dem innerdeutschen Gebiet aktiv wird³. Moersch bat Schröder am Schluß der Sitzung, ihm und mir gelegentlich für eine halbe Stunde zu einer Aussprache (über diese Ostdoktrin) zur Verfügung zu stehen. Der Außenminister ließ sich seine

² Nach den Notizen Schollwers erklärte Erhard, in Paris habe es zum ersten Male ein Gespräch gegeben „ohne emotionale und sentimentale Erscheinungen, sondern sachlich“. De Gaulle habe gesagt, das wichtigste seien die Agrarmarktordnungen. Erhard habe erwidert, „wenn wir das politische Europa wollen, dann gehört dazu eine ganz bewußte Willensbildung (sic.)“. Der französische Staatspräsident habe die Absicht gehabt, in Bezug auf eine Europäische Union initiativ zu werden; das aber solle Erhard tun, damit es nicht heiße, de Gaulle wolle eine Hegemonie in Europa. Er habe dem Bundeskanzler empfohlen, dieses Thema mit seiner Billigung (!) in Rom zu besprechen.

³ Zum Thema Wiedervereinigung äußerte sich Schröder u. a. wie folgt: Man müsse für die Wiedervereinigung „mit allen denkbaren Mitteln kämpfen“, aber dabei keine starre Doktrin anwenden. Schröder meinte, zwischen deutschen und anderen Kommunisten bestünde ein „sehr guter Unterschied“. Erst wenn es ein „ganzes Stück mehr Bewegung gibt, werden wir weiterkommen – das geht nicht kurzfristig.“

Verblüffung kaum anmerken und wies nur auf seine zahlreichen Termine in der nächsten Zeit hin.

Hugo Grüssen hat heute im Mannheimer Morgen Unterschiede in den außenpolitischen Vorstellungen der Koalitionsparteien beleuchtet und dabei zum Beweise das *Freie Wort* und die fdk zitiert. Er wundert sich, daß die Christlichen Demokraten zu der Propagierung eines neuen Kurses durch die FDP nicht Stellung nähmen. Nun, die journalistischen Büchsenspanner der CDU/CSU haben das bereits besorgt; daß Erhard und Schröder schweigen, rät ihnen die Klugheit.

Freitag, den 10. Januar 1964

Mittags ein längeres Gespräch mit Rolf Zundel von der *Zeit* über die Deutschlandpolitik. Wir waren uns in den meisten Punkten einig, auch Z. plädierte für Verhandlungen mit der DDR. Am Nachmittag eine Vorbesprechung der kommenden Berlin-Sitzung der Fraktion. Hartkopf unterrichtete uns über den Stand der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Korber und Wendt sowie über die Haltung des Kabinetts in der Passierscheinfage⁴. Dehler war von diesen Ausführungen so beeindruckt, daß er seine bisherige Position aufgab und sich plötzlich ebenfalls zu Verhandlungen mit der DDR bekannte (!). Eine erfreuliche Konsequenz des außenpolitischen und gesamtdeutschen Immobilismus in der CDU.

Dienstag, den 14. Januar 1964

Beinahe wäre aus unserer Berlin-Reise nichts geworden, eine völlig vereste Piste hielt uns am Montag fünf Stunden in Köln-Wahn fest. Aber dann lief die Berlin-Sitzung der Fraktion doch noch einigermaßen zufriedenstellend. Jedenfalls kommen wir mit unserer Deutschlandklärung für einige Zeit wieder über die Runden⁵.

⁴ An der Vorbesprechung im Bundeshaus nahmen v. Kühlmann, Achenbach, Dehler, Genscher, Mischnick, von Mühlen, Zoglmann und Schollwer teil. Günther Hartkopf war zu der Zeit Senatsdirektor in der Bonner Berlin-Vertretung. Am 3. 1. hatten Gespräche über die Fortführung der Passierscheinaktion begonnen. Auf Wunsch der Bundesregierung schlug der Berliner Senat der DDR vor, daß bei einer neuen Aktion nur noch Westberliner Beamte bei Ausgabe und Einsammlung der bearbeiteten Anträge tätig werden sollen. Die DDR unterbreitete am 17. 1. einen Gegenvorschlag auf der Basis des Abkommens vom 17. 12. 1963. Dieser Vorschlag wurde am 14. 2. 1964 von der Bundesregierung und dem Berliner Senat zurückgewiesen. (ADG, S. 11067 f.).

⁵ „Komunique der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion am 14. 1. 1964 in Berlin“ – in fdk 15/5 vom 16. 1. 1964. Darin hieß es unter Punkt 2 und 3:

„2. Die FDP-Bundestagsfraktion fordert ... die Bundesregierung auf, die Bemühungen um weitergehende Vereinbarungen über den Reiseverkehr in ganz Deutschland fortzusetzen;

3. bittet darüber hinaus die Bundesregierung, sich im Sinne der Bundestagsentschließung vom 9. 10. 1962 für die Herbeiführung einer ständigen Viermächte-

Auf der Fraktionssitzung heute morgen im Berliner Reichstag zunächst eine stundenlange ziemlich erregte Diskussion über Landwirtschaftsprobleme und gegenwärtig laufende EWG-Verhandlungen. Bis Mertes schimpfte, er sei nicht nach Berlin gekommen, um Agrarpolitik zu diskutieren; Krümmer beantragte Schluß der Debatte. Dann endlich konnte Mende über die Berlin-Politik berichten. Der Bericht bestand vor allem aus einem weitschweifigen Rückblick und der Prophezeiung: In wenigen Wochen würden die Großmächte den deutschen Staaten den Auftrag zur Bildung gesamtdeutscher Kommissionen geben (schön wär's ja!). Zum gegenwärtigen Stand der Korber-Wendt-Gespräche kein Wort.

Die Diskussion brachte keine neuen Gesichtspunkte: Ertl forderte eine „echte deutsche nationale Konzeption“, Atzenroth vermißte eine Auswertung der Passierscheinregelung für unsere Partei (der liest offenbar die fdk nicht!) und Kiep-Altenloh vertrat die Ansicht, das deutsche Volk sei auf einen neuen Kurs in der Deutschlandpolitik nicht vorbereitet. Bei der nachfolgenden Pressekonferenz im Schöneberger Rathaus stellten die wenigen erschienenen Journalisten gezielte Fragen zum Berlin-Problem. Kühlmann war dem nicht gewachsen; seine Antworten waren schwach und oft auch noch ungeschickt. Das ist wohl nicht sein Bier.

Freitag, den 17. Januar 1964

Unsere Berliner Entschließung hat bei den Christdemokraten böses Blut gemacht. Ohne direkt Stellung zu nehmen, haben die Unionsparteien dieser Tage die Zeitungen und Informationsdienste mit entsprechenden Hinweisen reichlich versorgt. Hopen meinte heute im *Mittag*, man klage in der CDU/CSU u. a. darüber, daß wir den Eindruck erweckten, als gebe es unter Erhard eine völlig neue gesamtdeutsche Politik. Was die Berliner Erklärung anbeträfe, so lasse diese auf Absichten schließen, die nicht gut geheißen werden könnten. Ich habe – offenbar zum zusätzlichen Ärger des Koalitionspartners – gestern in der fdk nachgewiesen, daß unsere Berliner Beschlüsse in vollem Maße der Regierungserklärung Erhards vom 18. Oktober entsprechen. Wir fühlen uns dabei als Hilfstruppe jener Kräfte in der Bundesregierung, die seit Wochen unter schwerem Beschuß der Status-quo-Politiker in der Union stehen. Es handelt sich also hier nicht um einen Konflikt zwischen FDP und Unionsparteien, sondern um eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den Vertretern einer konstruktiven Außen- und Deutschlandpolitik in der Koalition und deren erklärten oder heimlichen Gegner.

Fortsetzung Fußnote von Seite 182

Deutschlandkonferenz einzusetzen, deren Aufgabe es sein muß, durch gesamtdeutsche technische Kommissionen die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu klären.“

Diese beiden Absätze des Kommunique's waren vor allem Anlaß zu unmutsvollen Äußerungen aus dem Unionslager.

Am Abend, bei einem Herren-Essen in der kanadischen Botschaft, versicherte mir Mouser, die USA hätten – entgegen manchen Behauptungen – keine Bedenken gegen die Passierscheinregelung vom Jahresende gehabt. Delaye fragte mich, ob ich eine Anerkennung Pekings für zweckmäßig hielte; ich bejahte die Frage prinzipiell, wies aber auf möglicherweise unerfreuliche Rückwirkungen auf Allianz und Europäische Gemeinschaft hin. Heute wurde nun bekannt, daß de Gaulle die Volksrepublik China anerkennen will. Der französische Staatspräsident geht immer mehr seine eigenen Wege, ohne Rücksicht auf Freunde und Verbündete⁶.

Sonntag, den 19. Januar 1964

Beim Mittagsdienst im Bundeshaus beklagte Genscher mangelnde Energie Mendes bei der Verfolgung personalpolitischer Ziele in seinem Ministerium. Der Aufbau einer politischen Abteilung sei dringend geboten; gegenwärtig gäbe es nur ein einziges politisches Referat, in dem ein Oberregierungsrat die Berlin-, Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik in einem bearbeite. G. fragte mich erneut, ob ich am Eintritt ins Mende-Ministerium interessiert sei. Ich erklärte, an der Position eines Pressereferenten des Gesamtdeutschen Ministers nicht interessiert zu sein, anders liege die Sache bei einem Angebot für die politische Abteilung.

Montag, den 20. Januar 1964

Wie Genscher heute morgen im „Team“ berichtete, habe ihn Barzel am Freitag angerufen, um sich über meinen Kommentar vom Donnerstag zu beschweren. G. will Barzel erklärt haben, dieser Artikel sei möglicherweise schon vor dem Auftritt von B. in der Wessel-Runde geschrieben worden. – In der heutigen PSK eine scharfe Attacke gegen meine Artikel zur Deutschlandfrage. – Eine törichte Äußerung Dehlers vom Samstag (Bundesrepublik solle aus NATO austreten) wird den Kalten Kriegern der CDU Wasser auf ihre Mühlen leiten.

Dienstag, den 21. Januar 1964

Zwei Themen standen heute im Mittelpunkt der Fraktionssitzung: das Schicksal des Sozialpakets und die Wahl eines neuen (alten) Bundespräsidenten. Stammberger plädierte dafür, die Gespräche über das Paket bald abzuschließen – es komme ja doch nichts dabei raus. Mischnick schlug vor, das Paket „aufzuschnüren“ und das Kindergeldgesetz vorab zu verabschieden. Zoglmann meinte, wir sollten die CDU nicht länger an der Nase herumführen, sondern klar sagen, was wir wirklich wollten. Das scheint auch mir zweckmäßig zu sein.

⁶ Die offizielle Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgte durch die Regierung in Paris und Peking gleichzeitig am 27. 1. 1964.

Über die Bundespräsidentenwahl äußerte sich Mende so: Bei seinem jüngsten Gespräch mit Lübke habe er die Bedenken der FDP wegen der Stuttgarter Rede des Bundespräsidenten (Heuss-Beerdigung) vorgetragen, in der eine Vorliebe L.'s für eine schwarz-rote Koalition zum Ausdruck gekommen sei; die FDP fühle sich „vernachlässigt“. Daher bestünde bei uns die Neigung, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wenn L. nicht kandidiere; sonst stelle sich die Frage für die FDP anders (sic!). Lübkes Erwiderung, er habe sich in Stuttgart keineswegs als Sprecher seiner „parteipolitischen Vergangenheit“ gefühlt. Er sei nie ein Gegner der FDP gewesen, sondern halte unsere Partei für ein lebensnotwendiges Element der Demokratie.

Aber er sei für eine Allparteienregierung. – Wenn die Parteien ihn aufforderten, weiter im Amte zu bleiben, werde er sich dieser Aufforderung nicht entziehen. Mende habe L. erklärt, daß bei der Wahl mit vielen Enthaltungen bei der FDP zu rechnen sei. Mende: Die CDU und ein großer Teil der SPD wird Lübke wählen. Kühlmann bestätigte diese Version aufgrund eines Gesprächs, das er dieser Tage mit Brandt hatte.

Das *Freie Wort* veröffentlichte heute einen Berlin-Artikel von Borm, der leider recht ungeschickt formuliert ist und unseren deutschlandpolitischen CDU-Gegnern so die besten Argumente liefert⁷.

Donnerstag, den 23. Januar 1964

Am Nachmittag legte die Wahlkampfkommission Schwerpunkte für den Wahlkampf 1965 fest: Deutschlandfrage, Rechts- und Gesellschaftspolitik. Mischnick empfahl, sich in der Koalitionsfrage nicht festzulegen. Der Test sei die Bundespräsidentenwahl; dann sei eventuell eine „Verdammung einer schwarz-roten Lübke-Lösung“ notwendig. Es wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die von Mende, Weyer, Mischnick und Rubin geleitet werden, ich wurde zum Geschäftsführer der außenpolitischen Arbeitsgruppe bestimmt.

Zu Beginn der Sitzung hatte Mende die Lage der Koalition analysiert. Alle Störungen in der Koalition schiebe die CDU der FDP zu. Darum strebe die Union die absolute Mehrheit an. Die SPD werde uns, soweit es den Brandt-Flügel anbetreffe, „vornehm mißachten“, die Gruppe Wehner gegen uns operieren. Es stellten sich folgende Fragen: Wie können wir die gegen uns gerichtete CDU-Propaganda und deren Wirksamkeit verhindern? Müssen wir die SPD im Wahlkampf zum Teil schonen? Wie kann sich die FDP profilieren? – Die Ausgangsposition für die Freien Demokraten sei nicht günstig.

Rubin zeigte die m. E. richtige Richtung: „Das Vorwärtsdrängende mit

⁷ Borm hatte die „Neutralisierung Gesamtberlins als Vorstufe für größere Entwicklungen“ propagiert.

dem Überlegten kombinieren, über 1965 hinausdenken und propagieren“. Dem wurde nicht widersprochen.

Gestern nachmittag, in der außenpolitischen Debatte des Bundestages, wurden trotz vieler Gemeinplätze und deutlicher Bemühungen, die wirklichen Ansichten zu kaschieren, tiefgreifende Unterschiede bei der Analyse der Weltlage und der daraus zu ziehenden Konsequenzen deutlich. Offenbar war der Zeitpunkt für diese Aussprache, weil zu früh, nicht sonderlich glücklich gewählt.

Sonntag, den 26. Januar 1964

Auf der Tagung des LDP-Bundesbeirates am Samstag in Stuttgart wurde die Einberufung eines neuen LDP-Bundeskongresses für März nach Berlin beschlossen, Hamann soll als Ehrengast eingeladen werden. Der Beirat stellte sich hinter die Berliner Beschlüsse der FDP-Bundestagsfraktion.

Am gleichen Tage hat Dieter Cycon in der *Stuttgarter Zeitung* die Berlin- und Deutschland-Politik der FDP heftig attackiert und dabei natürlich auch Borms unglückseligen Vorstoß gleich mit verdammt. Mir scheint, daß dieser Kommentar vor allem „Mißverständnisse“ des Autors über die Absichten der Freien Demokraten enthält.

Montag, den 27. Januar 1964

Vor den Landesgeschäftsführern teilte Mende am Vormittag mit, im Verlaufe der Passierscheinaktion habe eine „fast vierstellige Zahl“ von Flüchtlingen den Weg nach Westberlin gefunden. Besorgt äußerte sich M. über sich in jüngster Zeit häufenden eigenwilligen Erklärungen von Parteifreunden zur Deutschland- und Berlin-Politik (Dehler, Borm, Bucher). Die Landesgeschäftsführer sollten darauf hinwirken, daß keine telefonischen Interviews gewährt würden. Auch wäre es gefährlich, wenn DJD, LSD oder einzelne Kreisverbände glaubten, eine bewegliche Deutschlandpolitik durch Herstellung von Kontakten zu DDR-Organisationen (gemeint ist vor allem die LDP) unterstützen zu können. Ein entsprechendes Rundschreiben geht noch heute an alle Landesvorsitzenden heraus⁸.

Mittwoch, den 29. Januar 1964

Mendes Rundschreiben mit der Mahnung zur Zurückhaltung bei Meinungsäußerungen und Ostkontakten hat Dehlers Zustimmung nicht gefunden. D. äußerte gegenüber der Presse, an seiner bisherigen Haltung

⁸ Mende sandte am 27. 1. an die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ein Rundschreiben, dem das Schreiben an die Landesvorsitzenden vom gleichen Tage beigelegt war: „In den letzten zwei Wochen ist dieser Eindruck (politischer Geschlossenheit und konstruktiver Zusammenarbeit mit Erhard und Schröder – d. Verf.) jedoch durch eigenwillige Erklärungen einiger Parteifreunde und Fehlinterpretationen durch einen Teil der Presse getrübt worden“. (Text in ADL, BV 5/64).

werde sich nichts ändern, während Bucher einsichtiger Mendes Mahnungen als „sicher sehr richtig“ beurteilte. Für Kohut ist das Mende-Schreiben indessen nur die „übliche Schlangenbeschwörung“.

Auch ich habe inzwischen meinen Beitrag zur „Stabilisierung“ unserer Politik geleistet. Mein gestriger Kommentar über die Prinzipien und Fundamente freidemokratischer Ost-Deutschlandpolitik ist von Appel heute in der *Stuttgarter* fast vollständig zitiert worden. *AP* meldet zum Kommentar, die CDU/CSU wolle in den nächsten Tagen mit der FDP eine Grundsatzausprache führen, „um eine einheitliche Haltung der Regierungsparteien in ... der Außen- und Deutschlandpolitik zu erreichen“. Wie soll das wohl möglich sein?

Dienstag, den 4. Februar 1964

Auf der heutigen Fraktionssitzung kam es zu einem peinlichen Zusammenstoß zwischen Mende und Dehler wegen beiderseitiger Äußerungen zur Deutschland- und Außenpolitik. Als Mende jene Abgeordnete scharf rügte, die mit Zonenfunktionären Kontakte pflegen und damit „der FDP schaden“, brüllte Dehler dazwischen: „Sie (Mende) richten die Partei zugrunde!“ An der nachfolgenden hitzigen Auseinandersetzung beteiligten sich neben Dehler vor allem Kohut, Achenbach und Rademacher, dem Mende wegen seiner Gespräche mit Abusch böse ist⁹. Der Streit zwischen M. und D. erreichte schließlich ein solches Ausmaß, daß Mende unter Protest die Sitzung verließ. Fraktionsvorsitzender Kühlmann machte während dieser lautstarken Debatte erstaunlicherweise keinerlei Anstalten, die Aussprache wieder in gesittete Bahnen zurückzuführen.

Freitag, den 7. Februar 1964

Zu Beginn der heutigen Vorstandssitzung appellierte Haußmann an Mende und Dehler, ihren Streit nun endlich beizulegen. Doch die nachfolgende Diskussion über die Deutschlandpolitik machte klar, daß die Feindschaft zwischen den beiden prominenten Liberalen kaum zu überbrücken sein dürfte. Am Ende der Debatte zankte man sich darüber, ob es über Dehlers Augsburger Rede Unruhe gegeben habe oder nicht. Zuvor stritt Dehler, von Achenbach unterstützt, gegen die These des Vorsitzenden, die Wiedervereinigung sei ein langfristiger Prozeß¹⁰. Zwischendurch

⁹ Über Rademachers Ausführungen notierte d. Verf.: „Berichtet über sein Referat vor der *Deutrans*. Überraschenderweise war dort der Zonen-Minister Kramer (Minister für Verkehrswesen). Hat dann mit Abusch über die Passierscheinfrage gesprochen. Abusch wünschte, daß Zonendelegation nach Bonn reist, um mit FDP-Fraktionsvorstand zu sprechen.“

¹⁰ Mende hatte im Verlaufe seines Lageberichtes erklärt, „die Wiedervereinigung wird nur in einem langfristigen Prozeß des Zusammenwachsens zustande kommen, mit vielen Phasen.“ Wiedervereinigung sei nicht gegen Moskau zu erreichen, und

weitere Einzelgefechte: Borm gegen Mende wegen Rundschreiben und „Borm-Plan“, Mende kontra Kastenmeyer, weil dieser mit dem LDP-Wünsche gesprochen hatte¹¹.

In seinem obligatorischen Lagebericht hatte Mende zwei Themen angeschnitten: Die Bundespräsidentenwahl sowie die Deutschland- und Berlin-Politik. Bei einem Gespräch mit Adenauer am 21. Januar habe dieser erklärt, die CDU habe sich noch nicht auf einen Kandidaten für das Präsidentenamt festgelegt, die CSU werde aber wohl Lübke vorschlagen. Darauf Mende: auch die FDP habe noch keine Entscheidung getroffen, doch würde eine Wiederwahl Lübkes bei der FDP auf „außerordentlichen Widerstand“ stoßen; mindestens ein Drittel der FDP-Mitglieder der Bundesversammlung dürfte sich dann der Stimme enthalten. Adenauer sei über diese Darstellung überrascht gewesen: Dehler habe sich doch bei Lübke bedankt ...

Am 5. Februar, beim Gespräch mit der SPD, habe Wehner erklärt, er werde Lübke den Vorzug geben; das Amt dürfe nicht „in's Gezerre“ kommen wie 1959. Die Sozialdemokraten würden keinen FDP-Kandidaten unterstützen, sie lehnten auch die Kandidatur eines überparteilichen Kandidaten ab. Das sei auch Mendes Meinung.

Mende zur Deutschlandpolitik: das Memorandum der Bundesregierung vom 8. August 1963 sei seinerzeit gegen den Widerstand Brentanos und eines Teils der CDU den Westmächten übergeben worden¹². Im Botschafterlenkungsausschuß habe sich die Bereitschaft, über dieses Bonner Papier zu sprechen, verringert; Frankreich sei sogar entschieden dagegen. „Das Memorandum liegt also auf Eis.“

Fortsetzung Fußnote von Seite 187

nicht mit Moskau gegen die Westmächte. – Dehler unterstellte Mende, er habe eine andere außenpolitische Konzeption als die Partei und glaube, sich mit dieser Konzeption besser mit der CDU arrangieren zu können. – Achenbach fand es nicht richtig, daß die FDP erkläre, die Wiedervereinigung sei „ein ganz langfristiger Prozeß.“ Die FDP müsse vielmehr sagen, daß es gefährlich sei, das deutsche Problem „vor sich herzuschieben“. Die Deutschlandpolitik dürfe sich nicht auf die Durchlässigmachung der Mauer konzentrieren.

¹¹ Kastenmeyer über sein Gespräch mit dem Sekretär des LDP-Zentralvorstandes, Kurt Wünsche, am 28. 1. in Hamburg: K. sei zunächst durch einen Mittelsmann gefragt worden, ob er bereit wäre, W. zu empfangen. K. sagte unter der Voraussetzung zu, daß „absolute Vertraulichkeit“ gewährleistet sei und es sich um ein inoffizielles Gespräch handle. Von 21 – 2 Uhr habe er in seiner Hamburger Wohnung mit Wünsche gesprochen. „Wünsche übergab mir eine offizielle Einladung des Zentralvorstandes der LDP zu einem Gespräch mit dem Bundesvorstand der DJD sowie eine Einladung zur Leipziger Messe. Ich habe beide Einladungen nicht angenommen.“

¹² Am 8. 8. 1963 hatte die Bundesregierung den Westmächten ein Memorandum „über kontrollierte Abrüstung, europäische Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung“ übermittelt. Das Memorandum wurde zur weiteren Behandlung dem Botschafterlenkungsausschuß in Washington übermittelt.

Bei den neuen Passierscheinverhandlungen habe sich die Haltung Ostberlins versteift: die DDR wolle jetzt gesamtdeutsche Gespräche. Nach kritischen Bemerkungen Mendes zu den Aktivitäten von Borm, Kastemeyer, Rademacher und Bucher teilte M. dem Vorstand mit, das Auswärtige Amt dränge jetzt auf den Abbruch der Passierscheingespräche, weil Leuschner in Ostasien herumreise und erkläre, daß die DDR nun anerkannt werden solle¹³. Auch Erhard sei „nicht mehr absolut bereit, mitzumachen wie im Dezember.“

Während der Aussprache eine lange Diskussion darüber, ob die FDP für die Bundespräsidentenwahl einen eigenen Kandidaten stellen solle und ob man die SPD noch umstimmen könne. Mende wollte sich nicht festlegen, Starke macht – wie üblich – in Defaitismus, Hoppe und Effertz wollen aktiv gegen Lübke agieren und Achenbach plädierte für einen FDP-Kandidaten.

Der Tagesordnungspunkt 2, die Einstellung des *Freien Wort* zum 1. April, wurde wegen Abwesenheit von Rubin abgesetzt. Nicht stattgefunden hatte heute morgen übrigens auch die erste Sitzung der Arbeitsausschüsse II und IV der Wahlkampfkommission – wegen Mangel an Beteiligung.

Donnerstag, den 13. Februar 1964

Fünf Stunden lang diskutierte gestern abend die Fraktion die Deutschlandpolitik, bei guter Besetzung und relativ harmonisch. Nur Dehler gefiel sich erneut in der Rolle des ewig Mißverstandenen und polemisierte wiederum gegen Mendes „Phasenplan“ zur Wiedervereinigung. Achenbach machte seine üblichen Sprüche („für Deutschlandkonferenz einsetzen“, „Berliner Programm, heute genau so aktuell wie damals“ u.s.f.).

Mende zeigte sich gut präpariert, er konterte geschickt die Dehlerschen Attacken¹⁴. Auch diese Diskussion konnte den alten Streit zwischen Dehler/Achenbach auf der einen und Mende plus Fraktionsmehrheit auf der anderen Seite über den Weg zur Wiedervereinigung nicht beilegen. Den-

¹³ Der Stellv. Vorsitzende des DDR-Ministerrates, Bruno Leuschner (SED), hielt sich in der Zeit vom 19. 1. bis 21. 2. 1964 in Indonesien, Kambodscha, Burma, Ceylon und Indien auf. Am 22. 2. dementierte die indonesische Botschaft in Bonn DDR-Veröffentlichungen, wonach die Leuschner-Delegation in allen von ihr bereisten asiatischen Ländern – also auch in Indonesien – Unterstützung für ihre These von der „Existenz zweier deutscher Staaten“ gefunden habe. ADG, S. 11058, 11109, 11110).

¹⁴ Mende verkündete in einer längeren Debatten-Rede „Fünf Leitsätze für die Wiedervereinigung“ (WV): WV sei ein langfristiger Prozeß des Zusammenwachsens in Phasen“; WV sei im Zusammenhang mit kontrollierter Abrüstung und europäischer Sicherheit zu sehen; WV nicht gegen Moskau durchsetzbar; keine WV gegen das Selbstbestimmungsrecht; keine WV unter „Preisgabe der Grund- und Freiheitsrechte des deutschen Volkes“. Dazu meinte Dehler: Diese „Phasentheorie“ vertrete Mende schon seit drei Jahren, „da haben sich unsere Wege getrennt.“

noch zeigten sich am Schluß der Debatte fast alle Teilnehmer sehr befriedigt. Die Behauptung Achenbachs allerdings, die Diskussion habe ergeben, „daß wir nach wie vor einig sind“, ist reichlich kühn.

Heute, nach der vormittäglichen „Gratulationscours“, eine vierstündige Sitzung der Wahlkampfkommission, die durch ungezügelter Ausbrüche Starkes praktisch lahmgelegt wurde. Stoltz legte interessantes Zahlenmaterial über Bevölkerungs- und Wählergruppen vor. Unseren geringsten Anteil an Sympathisanten haben wir bei Jugendlichen unter 20 (5%) und bei den 25–30jährigen (4%). Bei den letzten Meinungsumfragen liegt die SPD drei Punkte vor der CDU/CSU, wir kamen auf 9 Prozent.

Gewissermaßen als Geburtstagsgeschenk teilte mir Mende eine Äußerung Erhards über meinen gestrigen Kommentar zur Kanzlerreise nach Paris mit: endlich mal einer, der Verständnis für seine (Erhards) schwere Aufgabe in Paris habe.

Freitag, den 14. Februar 1964

Am Morgen suchte ich Mende in seinem Ministerium auf, um mich über den Stand der Passierscheingespräche vor der Niederschrift meines heutigen Kommentars zu unterrichten. M. meinte, die Chancen für einen positiven Verlauf dieser Gespräche seien nicht gut; die FDP-Minister wären die einzigen Kabinettsmitglieder, die zu einem neuen Abkommen auf der Grundlage der Vereinbarung vom 17. Dezember bereit wären. Auf der anderen Seite behauptete M. mit spürbarer Genugtuung, daß er jetzt praktisch das ganze Gebiet der innerdeutschen Beziehungen in der Hand habe. – Am Nachmittag lehnten dann Bundesregierung und Berliner Senat gemeinsam das Pankower Passierscheinangebot ab ...

Montag, den 17. Februar 1964

Mende fuhr heute morgen im „Team“ in der Passierscheinfrage auf „weiche Welle“. Er teilte meine Ansicht nicht, daß die gemeinsame Erklärung von Brandt und Erhard am 14. Februar die Gespräche kaputtgemacht habe. Am Abend, beim Berliner Stammtisch von Bonde, äußerte sich Ehrengast Mende geschickt zum Thema Deutschlandpolitik, wagte sich, zur Bundespräsidentenwahl befragt, sehr weit vor und sagte voraus, die FDP werde 1965 durch Erhard Mandate und Stimmen verlieren.

Wie erwartet hat Erhards Parisbesuch die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich erneut bestätigt. Der heutigen Presse ist zu entnehmen, daß diese Differenzen vor allem die Beziehungen zu Rotchina, die künftige Gestaltung der atlantischen Allianz sowie die multilaterale Atomstreitmacht betreffen. Aber auch in der Europa-Politik wurde die tiefe Kluft zwischen Bonn und Paris in der Frage der Fusion der Gemeinschaften offenkundig. Man muß schon sehr naiv sein, um noch immer an die Möglichkeit eines deutsch-französischen

Akkords in wesentlichen außenpolitischen Fragen zu Lebzeiten de Gaulles zu glauben.

Dienstag, den 18. Februar 1964

Am Morgen, noch vor Dienstbeginn, rief Dehlers Sekretärin an und erbat ein Exemplar meines Deutschlandmemorandums vom Frühjahr 1962 für ihren Chef. Wozu?

Auf der nachmittäglichen Fraktionssitzung, an der ich wegen einer Sonderarbeit nicht teilnahm, berichtete Scheel über Erhards Parisreise: er beklagte in diesem Zusammenhang meinen fdk-Artikel vom 12. d.M., der angeblich die Frontseiten amerikanischer Zeitungen erobert haben soll. Achenbach attackierte den materiellen Inhalt des Kommentars, weil er angeblich gegen die Parteilinie verstoße (!); er verlangte künftig alle außenpolitischen Beiträge in der fdk kontrollieren zu dürfen. Mende, Genscher, Schultz und Moersch – der mir darüber berichtete – verteidigten meinen Beitrag. In der Fraktion gibt es z. Z. viel Unklarheit über unseren außenpolitischen Kurs.

Mittagessen mit Dimitrijew. Er berichtete, anlässlich eines Diplomaten-Empfangs Dr. Schröder kennengelernt und einen sehr positiven Eindruck von unserem Außenminister gewonnen zu haben. Er lobte auch Dehler, weil dieser sich für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO ausgesprochen habe. Als ich entgegnete, da habe er Dehler wohl mißverstanden, sah D. ziemlich mißmutig drein. Kritik übte der sowjetische Diplomat an Erhard, weil der Kanzler keine neuen Wege in der Außenpolitik beschreiten wolle.

Freitag, den 21. Februar 1964

Die Diskussion über die gescheiterten Passierscheingespräche hält an. Gestern meldete sich auch Barzel zu Wort, diesmal mit konstruktiven Bemerkungen. Leider scheint aber Mende auf die Linie Erhard-Carstens eingeschwenkt zu sein, und das bedeutet wohl: es wird keine Passierscheinregelung mehr geben¹⁵.

Die Sozialdemokraten, die sich auf ihrem jüngsten Godesberger Treffen in starken Worten gefielen, dabei jedoch eine klare Position zu der entscheidenden Frage künftiger Tätigkeit ostzonaler „Behördenvertreter“ vermieden, sorgen sich zur Zeit offenbar vor allem um die FDP. In der *Westfälischen Rundschau* erschien jedenfalls gestern ein verzweifelter Ruf nach weiteren wegweisenden Äußerungen der Freien Demokraten in dieser Sache. Da fühle ich mich natürlich auch persönlich angesprochen, zu-

¹⁵ Siehe dazu: „Mende warnt vor öffentlicher Passierscheindiskussion“ – in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 22. 2. 1964. Danach soll sich Erhard am 20. 2. in einem Gespräch mit führenden FDP-Vertretern darüber geeinigt haben, daß Ostberliner Postbeamte auf Westberliner Gebiet nicht mehr hingegenommen werden sollen.

mal das Blatt behauptete, seit 10 Tagen schweige auch die fdk zur Passierscheinfrage, was nicht zutrifft. Nur muß ich jetzt vorsichtiger formulieren, nachdem unser Boß seine ursprüngliche Position unter dem Druck des Koalitionspartners offenbar verlassen hat.

Mitwoch, den 26. Februar 1964

Die in der CDU/CSU unverändert grassierende Hysterie, mit der man dort auf angebliche oder tatsächliche Ansichten Pankows in der Passierscheinpolitik reagiert, veranlaßte mich gestern zu einem deutlichen Artikel im Pressedienst. Nach Ansicht der *Bremer Nachrichten* hat die FDP damit Argumente aufgenommen, die der Berliner Senat und die SPD in jüngster Zeit in der Passierschein-Diskussion äußerten. Heute hat Kohut in einem *ADN*-Interview für Kontakte der beiden deutschen Delegationen auf der Genfer Abrüstungskonferenz plädiert. Das wird Mende wenig gefallen.

Am Sonntag diskutierte ich drei Stunden lang mit Jungdemokraten in Landshut Sinn und Unsinn gesamtdeutscher Gespräche. Am Schluß glaubte ich, die jungen Liberalen von der Unzweckmäßigkeit „wilder“ sowie offizieller Kontakte mit Zonenorganen zu diesem Zeitpunkt überzeugt zu haben. Vielleicht sollten ältere Parteifreunde häufiger mit Jungdemokraten über solche Probleme sprechen, anstatt sie nach begangenen „Sündenfall“ zu desavouieren.

Heute nachmittag begrüßten Moersch, Reuß und ich die WDR-Journalisten Bender, Schölmerich und Zöger im „Mende-Zimmer“ zu einem angeregten Gespräch über eine zeitgemäße Deutschlandpolitik und die Möglichkeit, sie in der Bundesrepublik durchzusetzen. Bender, der in die gleiche Richtung denkt wie ich, erbat meine Studie von 62 sowie eine Dokumentation zur Kontaktpolitik. Ich sagte beides zu¹⁶.

Bundespräsidentenfrage. Passierscheinverhandlungen. Parteitag

Sonntag, den 1. März 1964

Auf der Europa-Klausur der Fraktion am Freitag/Samstag in Baden-Baden wurde wieder recht ziellos über Deutschland- und Europa-Politik diskutiert, eine Klärung des weiteren europäischen Kurses unserer Partei fand trotz umfangreicher Communiqués nur sehr begrenzt statt.

¹⁶ Anfang 1964 hatte Schollwer für Fraktion und Bundesvorstand zur weiteren Erörterung der Deutschlandfrage eine Dokumentation „Vier-Mächte-Konferenz oder Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow“ zusammengestellt, eine Chronik der Diskussion um innerdeutsche Kontakte von 1949–1963 (16 Seiten). Ein Nachtrag wurde den FDP-Führungsgremien am 2. 3. 1964 zugeleitet. Am 4. 3. übersandte d. Verf. dem WDR-Redakteur Peter Bender je ein Exemplar dieser Chronik sowie seiner Studie „Verklammerung und Wiedervereinigung“ von 1962 zur „persönlichen Orientierung“.

Obwohl die vier Referate von Starke, Margulies, Rademacher und Mauk eine Behandlung der deutschen Frage eigentlich nicht vorsahen, biß man sich – vor allem nach den Ausführungen von Margulies – sofort an der Wiedervereinigungsproblematik fest. Dehler vertrat mit Vehemenz seine altbekannten Thesen, Scheel zog gewagte Vergleiche zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik (aber plädierte immerhin dafür, in der Deutschlandpolitik etwas zu wagen)¹, Achenbach argumentierte wie üblich formalistisch, tadelte aber diesmal Dehler (wegen dessen Europa-Schelte) und rief emphatisch nach der gesamtdeutschen Konferenz. So dreht man sich immer im Kreis. An eine erneute Diskussion des Deutschlandpapiers von 1962 denkt offenbar niemand hier.

Hin und wider gab es auch etwas zum Lachen: So, als Starke während der Aussprache zu seinem Referat plötzlich erklärte: „Wir müssen jetzt zuende kommen, die Zeit gebietet das.“ Er zog die Uhr aus der Tasche, blickte auf das Zifferblatt und fuhr gleichmütig fort: „Bei mir ist allerdings die Uhr stehengeblieben.“ Nicht nur bei ihm!

Bevor ich am Donnerstagabend mit Moersch nach Baden-Baden fuhr, wurde auf der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes das Problem des satzungsgemäß gar nicht existierenden „engeren Vorstandes“ diskutiert. Anlaß waren eine Reihe von Beschwerdeschreiben Dehlers, der gegen die Tätigkeit dieses Vorstandsgremiums protestiert hatte, dem er selbst nicht angehört. Die Diskussion unterstreicht die von Weyer monierte geistige Disziplinlosigkeit in den „legalen“ Vorstandsgremien. Doch beschloß man, den Geschäftsführenden Vorstand künftig jeden Donnerstag 14 Uhr in den Bonner Talweg einzuberufen. Ich bin gespannt, wie lange das gut geht. – Bei der Erörterung der Bundespräsidentenwahl (TOP 2) konnte dagegen wiederum keine Einigung erzielt werden. Die Diskussion um Lübke wird immer makabrer.

Donnerstag, den 5. März 1964

Der Geschäftsführende Bundesvorstand tagte heute in schwacher Besetzung unter der Leitung von Leverenz; Mende liegt mit einer Lungenentzündung zu Bett. L. vertrat die Auffassung, daß man die Passierscheinfrage „scharf von der Deutschland- und Außenpolitik“ trennen müsse, denn hier handele es sich um eine „technische Frage“. Brandt hatte gestern in einem Gespräch mit Weyer den Eindruck der SPD mitgeteilt, daß Mende in der Passierscheinfrage unter Erhards Druck stünde. Auch Leverenz beurteilte unsere Haltung kritisch: die FDP habe nachgegeben, sie habe sich nicht durchgesetzt.

¹ Scheel wies im Anschluß an seine Forderung, „in der Deutschlandpolitik etwas zu wagen“, auf Jugoslawien hin, das sich von Moskau gelöst habe, „um nationale Politik zu machen“. Er plädierte für ein „Europa der Vaterländer“; dafür hätte die Bundesrepublik „in Frankreich einen Partner“.

In der Präsidentschaftsfrage noch immer Suche nach einem Gemeinschaftskandidaten. Weyer behauptete heute überraschend, Brandt sei nun wohl doch bereit, mit uns nach einem solchen Kandidaten zu suchen. Der Vorstand einigte sich auf Gebhard Müller.

Zu Beginn diskutierte man die jüngste Koalitionskrise um das Kindergeldgesetz. Weyer behauptete, die FDP-Minister hätten Erhard in dem Eindruck gelassen, daß auch sie für die CDU-Lösung seien. Doch das war ein Nachtarock. Denn heute vormittag hat man sich in der Koalitionsrunde im letzten Augenblick doch noch geeinigt und, wie mir scheint, wesentlich zu Lasten des ursprünglichen FDP-Standpunktes².

Mittwoch, den 11. März 1964

Gestern Sitzung der Fraktion in Berlin (Reichstag). Die jüngsten Erfahrungen beim Kindergeld-Hick-Hack veranlaßten Genscher zu dem Vorschlag, mit den FDP-Ministern ein Gespräch über eine bessere Abstimmung zwischen Fraktion und Kabinettsmitgliedern zu führen; es müsse verhindert werden, daß die FDP-Minister im Kabinett anders taktieren als die Fraktion. Mischnick sprach sich gegen jede Präjudizierung der Fraktion durch Kabinettsmitglieder aus. Eine kurze Diskussion des Lübke-Themas verstärkte nur die bei uns ohnehin bestehende Konfusion: Nur eines erscheint nach dem jüngsten Gespräch Kühlmanns mit Brandt klar: die SPD wird keinen liberalen Kandidaten unterstützen, Wehner, Erler u. a. hätten Dehler sogar „expressis verbis“ abgelehnt. Im übrigen will man diesen Dauerbrenner in einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion bei Anwesenheit von Mende und Weyer erneut beraten.

Zu Beginn der Sitzung berichtete Staatssekretär Krautwig über den Stand der Passierscheingespräche. Es war deprimierend. Auch K. ist – wie fast die gesamte CDU/CSU – den Kommunisten prompt auf den Leim gegangen, hat deren Passierschein-Interpretation kritiklos übernommen. Mendes Staatssekretär bestätigte ausdrücklich Carstens Theorie von den angeblich verhängnisvollen Auswirkungen der Dezember-Regelung auf die Haltung der Neutralen gegenüber Ostberlin. Den Vorschlag Pankows, in Westberlin eine Dauerpassierscheinstelle für dringende Fälle einzurichten, bezeichnete Krautwig als eine „Nötigung“; der Kanzler habe sogar

² Bei der Reform des Kindergeldgesetzes hatte die FDP eine Verlagerung der Auszahlung des Geldes von den Berufsgenossenschaften auf die Staatskasse gefordert. Dem stimmte die CDU/CSU zwar nach einigem Zögern zu, doch versuchte der vormalige Bundesfamilienminister Wuermeling (CDU) an der FDP vorbei eine Zwischenregelung durchzusetzen, um durch Rückdatierung der Erhöhung des Kindergeldes und gleichzeitig zeitliche Verschiebung des Inkrafttretens der Reform den Staatshaushalt zu entlasten. Diesen Wuermeling-Plan stimmte die FDP am 4. 3. gemeinsam mit der SPD im Bundestag nieder. Am folgenden Tage schwenkten die Freien Demokraten nach einem Koalitionsgespräch bei Erhard auf diesen CDU-Vorschlag ein, unter der Bedingung, daß die auf diese Weise freiwerdenden Millionen im Staatshaushalt nicht für Wahlgeschenke verwendet werden.

von einer „schamlosen Erpressung“ gesprochen (!). In diesem Stile ging es noch eine ganze Weile weiter. Bei Margulies und Ertl zeigte dieser Unsinn prompt Wirkung: sie sprachen sich in der Diskussion gegen eine Wiederholung der Passierscheinregelung vom 17. Dezember aus. Oxford hielt dagegen: Für ihn ist das Berliner Abkommen zurecht ein „großer politischer Erfolg für den Westen“, ein erster Schritt vorwärts in der deutschen Frage. Ironisch meinte O., verhandeln begründe die Gefahr der Anerkennung, darum solle nicht mehr verhandelt, sondern „auf das große Wunder gewartet“ werden. Man habe leider aus technischen Fragen ein Politikum gemacht. Die von K. behaupteten Hoheitsakte der Zone auf Westberliner Boden gebe es nicht. Erhard habe offenbar Schnitzlers „dumme Erklärungen“ aufgenommen und damit praktisch die Richtigkeit dieser Äußerungen bestätigt³. Alle gegen eine neue Passierschein-Regelung vorgebrachten Argumente könnten ihn nicht überzeugen. Schade, daß Mende das nicht hören konnte. Ich frage mich, warum M. eigentlich Thedieck loswerden wollte, wenn er dafür Krautwig eintauschte.

Am Wochenende hat *Tass* mit einer unglaublichen Erklärung die deutsch-sowjetischen Beziehungen erneut schwer belastet⁴. Moskau ist offenbar an einem besseren Verhältnis zu Bonn nichts gelegen.

Freitag, den 13. März 1964

Der Bundesvorstand beschloß heute nachmittag, das *Freie Wort* zum 1. Juni einzustellen und Dr. Friderichs ab 1. Juli zum Bundesgeschäftsführer zu berufen.

Damit entsprach der Gesamtvorstand den Beschlüssen des „Geschäftsführenden“ vom Donnerstag. Dort war festgestellt worden, daß unsere Partei-Zeitung die FDP jährlich mindestens 500000 DM koste. Als Ersatz ist eine häufigere Ausgabe des *Schnellbriefs* als auch monatliches Erscheinen von *liberal* vorgesehen. Man plant auch einen Hintergrundinformationsdienst. In diese Richtung gehörte auch eine Besprechung, die Friderichs, Moersch und ich gestern mit Dr. Schölmerich hatten. Es wurde beschlossen, Broschüren zur Passierscheinfrage sowie zur Politik Erhards herauszubringen. Auch verabredete ich mit Sch. ein längeres Interview

³ K.-E. Schnitzler hatte in der ersten Februar-Hälfte erklärt: „Für uns zählen nicht die Westberliner, die zu uns kommen, sondern die 236 Postbeamten, die wir drüben haben. Für uns sind sie Konsularvertreter, die unser Hoheitsrecht auf fremdem, ausländischen Boden ausüben“. (Weber/Sahn, Synopse zur Deutschlandpolitik 1941–1973, Göttingen 1973, S. 568).

⁴ Die Agentur *Tass* veröffentlichte am 7. 3. 1964 eine autorisierte Erklärung zur Deutschlandfrage, in der der Bundesregierung u.a. indirekt vorgeworfen wurde, „jetzt einen 6., ebenfalls einen Weltkrieg, vorbereiten“ zu wollen, mehr Geld für die Rüstung auszugeben „als es Hitler tat“ und ein „revanchistisch-militaristisches politisches Programm“ zu vertreten.

über die Deutschlandpolitik der FDP, das in der nächsten Nummer der Zeitschrift *Der dritte Weg* erscheinen soll⁵.

Nach Kühlmanns Bericht zur politischen Lage kam es, ausgelöst durch Hoppes Frage nach den Plänen der FDP für weitere Passierscheinverhandlungen, im Vorstand zu einer lebhaften Diskussion der Haltung des Kanzlers und der FDP-Fraktion in dieser Sache. Kühlmann hatte behauptet, Erhards Haltung sei nicht „retardierend“, der Kanzler wolle sich nicht von der Vereinbarung vom Dezember absetzen. Diese Ansicht teilten nicht alle Vorstandsmitglieder. Die Aussprache bestätigte die zwiespältige Haltung von Partei und Fraktion bezüglich einer Wiederholung der Weihnachtsregelung. Uneinig war man sich aber auch, wie unser Fraktionsbeschluß vom 14. Januar zu bewerten sei: als eine Forderung der FDP, die Vereinbarung vom 17. Dezember noch einmal zu wiederholen oder nicht. Dehler meinte entschieden Ja, von Kühlmann widersprach. Eine Darstellung der Entstehungsgeschichte dieser Entschließung durch Friderichs, Brodessor und mich sowie eine Kontroverse zwischen Emde und Dehler über bestehende oder fehlende Übereinstimmung zwischen Arbeitskreis und Fraktion führte zur Feststellung Weyers, eine außenpolitische Klausurtagung der Fraktion in Anwesenheit der Minister sei dringend erforderlich.

Zur Präsidentenwahl nichts wesentlich Neues: nach wie vor ist es offen, ob Lübke noch einmal kandidiert. Gebhard Müller bleibt – nach Auffassung Kühlmanns – weiter „im Gespräch“, ohne auf großes Interesse bei der SPD zu stoßen. Die wolle Anfang Mai klarstellen, wie sie sich entscheiden werde⁶.

Am Mittwochabend, in der Sendung „Unter uns gesagt“, kam es zu

⁵ *Der dritte Weg* – „Diskussionsforum für modernen Sozialismus“ – erschien 1964 im 6. Jahrgang. Herausgeber: Rudolf Schröder. Die Zeitschrift verbreitete die gegen das Ulbricht-Regime gerichteten Ideen der Entstalinisierung und des Revisionismus bzw. Nationalkommunismus unter den Führungskadern der SED, der Massenorganisationen und des Staatsapparates.

Mitarbeiter der Zeitschrift waren zumeist aus der DDR geflüchtete Intellektuelle, die von der SED-Führung wegen „Revisionismus“ verfolgt wurden. Unter ihnen der WDR-Redakteur Heinz Zöger, früher Chefredakteur des in Ostberlin erscheinenden *Sonntag*, Wolfgang Leonhard, Fritz Schenk und Joseph Scholmer, genannt Schölmerich, der 1949 verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit (Workuta) verurteilt worden war.

Das von Schollwer am 17.3.1964 gegebene Interview erschien in der Nr. 4/5 (April/Mai 1964) der Zeitschrift unter dem Titel „Zur Deutschlandpolitik der FDP“. Es präzisiert die damaligen deutschlandpolitischen Vorstellungen des Verfassers.

⁶ Der Vorstand beschäftigte sich auch noch einmal mit der jüngsten Koalitionskrise wegen der Kindergeldreform. Fazit von Kühlmanns: Die Methoden der Meinungsbildung in der FDP seien nicht geeignet, uns in der Konkurrenz zur CDU durchzusetzen. „Wir haben kein deutliches Bild der jeweiligen Lage, der Fraktionsvorstand bildet keine Meinung, die Arbeitskreise sind schlecht besetzt, die Minister in den Fraktionssitzungen zumeist nicht anwesend.“

einer peinlichen Kontroverse zwischen Wehner und Dehler über die Ostpolitik und die jüngste Panne Bonns beim Umgang mit Moskau⁷. Wehners Ton war unerträglich rüde, Dehlers Argumentation wie immer aufrichtig, aber zuweilen auch ein wenig weltfremd.

Donnerstag, den 19. März 1964

Auch Georgijewicz kritisierte heute bei einem Essen auf der Godesburg die Tass-Erklärung vom 7. d.M. G. teilte meine Ansicht, daß solche Verlautbarungen nur den Gegnern einer Verständigung mit der Sowjetunion dienen. Der jugoslawische Diplomat sieht in der gegenwärtigen Haltung Moskaus gegenüber Bonn eine Reaktion auf den Versuch der Bundesregierung, die Beziehungen zu den von der UdSSR abhängigen Staaten zu verbessern. Die Ausweisung Dr. Nauperts aus Moskau sei nicht nur ein Racheakt der Sowjets, sondern auch als politische Demonstration gegen die auf dem CDU-Parteitag zum Ausdruck gekommene Adenauer-Linie zu werten.

Diese Wertung erscheint einleuchtend, insbesondere was G. über Moskaus Reaktion auf Schröders Ostpolitik sagte. Man muß wohl die sowjetische Verbiesterung auch im Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch einer rumänischen Parteidelegation sehen, in Peking zwischen Chruschtschow und Mao zu vermitteln. Denn bei einem endgültigen Bruch zwischen China und der Sowjetunion wird dem Kreml an einer stärkeren Disziplinierung seiner europäischen Bundesgenossen, d.h. einer Einschränkung ihrer z.Z. etwas größeren Bewegungsfreiheit interessiert sein. Und diese Interessen stört Bonn mit seinen Avancen gegenüber Polen, Rumänien, Ungarn oder Bulgarien⁸.

Dienstag, den 24. März 1964

Von Freitag bis Montag in Berlin zum LDP-Bundeskongreß. 115 Teilnehmer erschienen zu meinem Referat vor dem Arbeitskreis I, das freundlich aufgenommen und lebhaft diskutiert wurde. Ich versuchte ein nüchternes Bild der Lage und der realen Optionsmöglichkeiten in der deutschen Frage zu zeichnen⁹. Doch in der Aussprache war neben entschiedenen Be-

⁷ Siehe dazu W. Schollwer: „Osteuropa fürchtet den endgültigen Bruch zwischen Moskau und Peking“ – in fdk 15/23 vom 17.3.1964. In diesem Artikel wird in gleichem Sinne argumentiert.

⁸ Im Jahre 1963 hatte die Bundesrepublik mit Polen, Rumänien und Ungarn Abkommen über gegenseitige Errichtung von Handelsmissionen und am 6.3.1964 ein gleiches Abkommen auch mit Bulgarien abgeschlossen.

⁹ Sch. hob in seinen Ausführungen insbesondere die neue amerikanische Osteuropapolitik und deren Entschluß hervor, anstelle einer Befreiung dieser Gebiete vom Kommunismus eine Politik der Auflockerung und Liberalisierung der osteuropäischen Staaten zu setzen. Der Verf. bejahte grundsätzlich die von Schröder eingeleitete Politik mit Osteuropa, kritisierte jedoch die völlige Abstinenz Bonns gegenüber

kenntnissen zu einer beweglichen Ost- und Deutschlandpolitik auch noch viel alter CDU-Kram zu hören. Die schwankende Haltung der FDP in der Passierscheinfrage wirkt sich offenbar auch ungünstig auf die Meinungsbildung innerhalb der Partei aus. Dabei scheinen unsere Berliner LDP-Freunde gelegentlich sehr viel nüchterner und politischer zu denken als manche Flüchtlinge in der Bundesrepublik.

Leverenz, der anstelle des noch immer noch nicht ganz wiederhergestellten Mende am Samstagnachmittag über „die gesamtdeutschen Aufgaben der FDP“ sprach, bemühte sich, diesen Irritationen mit einem klaren Bekenntnis zu einem neuen Passierscheinabkommen und weitergehenden Vereinbarungen über den innerdeutschen Reiseverkehr ein Ende zu setzen. Mischnick hieb in die gleiche Kerbe, so daß die Durchsetzung einer entsprechenden Entschließung im Arbeitskreis auf keine größeren Schwierigkeiten stieß. Und auf der Pressekonferenz am Montagvormittag vertrat Mischnick sogar im Gegensatz zur Bundesregierung die Auffassung, daß auch bei einer künftigen Passierscheinregelung die Anwesenheit von Ostberliner Postbeamten in Westberlin dessen Status nicht veränderten. Diese FDP ist doch besser als ihr Ruf!

Das Verhältnis Bonn-Moskau wird immer schlechter. Gestern gaben die Sowjets unserer Botschaft eine Verbalnote des Auswärtigen Amtes zurück, in der die Bundesregierung den Beitritt Ostberlins zum Haager Zusatzprotokoll für rechtsunwirksam bezeichnete¹⁰. Diese Zurückweisung stellt zwar keine Überraschung dar, doch unterstreicht dieser Schritt die Entschlossenheit Moskaus, seine Zwei- bzw. Dreistaatentheorie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln international durchzusetzen. Davon werden sich die Kreml-Herren auch durch die Sprecher-Erklärung der Bundesregierung vom Montag kaum abhalten lassen¹¹. Dabei nimmt man in der sowjetischen Regierung offenbar in Kauf, daß sich die Beziehungen zur Bundesrepublik allmählich auf einen Nullpunkt zu bewegen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 197

der vierten Besatzungsmacht, der UdSSR. Zur Deutschlandpolitik meinte Schollwer, der 17. 12. und die dort abgeschlossene Passierscheinregelung hätten gezeigt, wo heute der Hebel angesetzt werden kann und muß.

¹⁰ Die DDR war dem Haager Zusatzprotokoll des Jahres 1955 zur Warschauer Konvention über den internationalen Luftverkehr von 1925 beigetreten. Am 21. 2. 1964 hatte die Bundesregierung der Sowjetunion in einer Note mitgeteilt, die DDR sei kein Teilnehmerstaat des Haager Protokolls geworden. Am 20. März sandte das sowjetische Außenministerium diese Note Bonns zusammen mit einer Antwortnote zurück, in der ein gegenteiliger Standpunkt vertreten wurde.

¹¹ Lt. *Die Welt* vom 26. 3. 1964 („Bonn spricht von Sowjet-Propaganda“) hatte ein Regierungssprecher „vier Realitäten“ aufgezählt, so den Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung, die Meinung, daß „die Zonenregierung ... kein lebensfähiges Gebilde“ sei, die Bemühungen Bonns um bessere Beziehungen zu „den Staaten des Ostens“ und den Willen der Bundesregierung, „sich weder zur Polemik noch zur Kapitulation verführen zu lassen.“

Ostersamstag, den 28. März 1964

Schickte heute Bender verabredungsgemäß meinen ersten Rundfunk-Kommentar. Thema: Moskau-Peking-Konflikt. B. hatte mich am vergangenen Mittwoch bei einem Essen im Königshof um gelegentliche Mitarbeit am WDR gebeten. Dabei berichtete er mir über seine jüngste Reise in die Zone und die Argumente seiner dortigen Gesprächspartner. Benders Beobachtungen bestätigen meine (und seine) Auffassungen über die Notwendigkeit einer neuen Deutschlandpolitik.

Donnerstag, den 2. April 1964

Am Nachmittag berichtete der wiedergenesene Mende dem Geschäftsführenden Vorstand Merkwürdiges: Erhard habe den Plan gehabt, die chemische Industrie in der Sowjetunion mit deutschen Mitteln aufzubauen, gegen eine Freigabe der Zone durch die Sowjets. Doch die Leute um Adenauer und von Guttenberg hätten ihm das Projekt kaputt gemacht. Mende seinerseits habe die Schaffung eines Bundesamtes für innerdeutsche Kontakte vorgeschlagen, mit vielen Fachressorts und von einem Ministerialdirektor oder Botschafter geleitet. Aber auch dieser Plan sei gescheitert. Als Positivum registrierte Mende dagegen die Lockerung der von den Alliierten im Herbst 1961 verfüigten Reisebeschränkungen für Bewohner Mitteldeutschlands¹². Die Partei sitzt finanziell noch immer in der Tinte: Rubin berichtete von derzeit 950 000 DM Bankschulden.

Mittwoch, den 8. April 1964

Mein bewußt pessimistischer fdk-Kommentar zur Wiederaufnahme der Passierscheinverhandlungen hat in der heutigen Presse ein ungewöhnlich breites Echo gefunden. Kaum ein Blatt, das nicht mehr oder minder ausführlich zitiert. Wie die *Saarbrücker-Zeitung* dazu mitteilte, hatte dieser Artikel in CDU/CSU-Kreisen „ziemliche Erregung“ hervorgerufen. Da Mende auf einer Wahlkampfreise in Baden-Württemberg ist, habe die CDU ihn nicht sofort fragen können, „gegen wen seine Partei hier eigentlich polemisiere“ (das dürfte doch wohl klar sein!). Wie das Blatt weiter berichtet, dürfte Erhard in der nächsten Kabinettsitzung Erich Mende „um entsprechende Aufklärung ersuchen“. Dazu schien zunächst auch eine Erklärung Mendes in Neustadt zur weiteren Tätigkeit von ostzonalen Postangestellten in West-Berlin zu gehören, die die CDU alarmierte und Mende einige Stunden darauf zu einer Richtigstellung veranlaßte. Sie be-

¹² Kurz vor Ostern hatte das „Allied Travel Board“ in Berlin verfügt, die Ausgabe von Genehmigungen an DDR-Bürger zu Reisen in NATO-Länder zu erleichtern und hoben damit die restriktive Handhabung des Ausgabeverfahrens wieder auf, die nach dem Bau der Mauer 1961 eingeführt worden war.

deutet freilich ein volles Einschwenken auf den CDU-Kurs¹³. Wie soll sich da noch einer in unserer Berlin-Politik zurechtfinden.

Beim Mittagessen mit Hohler im „Adler“ berichtete mir der Schweizer Journalist über jüngste Gespräche mit Wehner und Barsig. Dabei soll letzterer ausnahmsweise freundliche Worte für die FDP gefunden haben. H. teilte ferner mit, der Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatsblätter* sei wegen des Wehner-Kurses in der Deutschlandfrage und dessen Rückwirkungen auf das Blatt zurückgetreten. – Gestern abend Vortrag vor dem Bonner Seniorenkreis über die Deutschlandfrage. Auch hier bei der Mehrheit der Teilnehmer Bereitschaft zum Überdenken bisheriger Positionen deutlich erkennbar.

Sonntag, den 12. April 1964

Vor dem Bundesvorstand gab Mende am Freitag in Karlsruhe einen ausführlichen Bericht über die Umstände seines Zurückweichens in der Passierscheinfrage. Mit Sätzen wie: „Erhard bestimmt die Richtlinien der Politik“ oder: „die Entscheidung liegt beim Kanzler“ versuchte M. alle Verantwortung für das Scheitern der Gespräche von sich auf den Regierungschef abzuwälzen. Auch seine Bemerkung, es handele sich hier doch nur um „eine Randfrage der Deutschlandpolitik“ vermochte nicht zu erklären, warum unser Vorsitzender es für zwecklos hält, für seine andersartigen Überzeugungen im Kabinett zu kämpfen. Darauf machte auch Borm aufmerksam¹⁴. Scheel meinte suffisant, auch Erhard sei umzustimmen, es komme nur darauf an, *wer* mit ihm redet „und mit welcher Intensität“. Mende nahm diesen Hieb ohne erkennbare Wirkung. Genscher, durch heutige Presseberichte beunruhigt, forderte, der Bundesvorstand solle sofort in eine Debatte über Außen- und Deutschlandpolitik eintreten, damit der Eindruck, daß es in der FDP unterschiedliche Meinungen gibt, aus der Welt geräumt werden kann. Der Hauptausschuß müsse am Samstag dazu eine Entschließung verabschieden.

Eine Grundsatzdiskussion fand jedoch nicht statt, sondern nur eine erneute Auseinandersetzung darüber, wie unser Beschluß vom 14. Januar zu werten sei. Die Vorstandsmehrheit interpretierte diese Erklärung als eine klare Option der FDP für eine Wiederholung der Vereinbarung vom 17. Dezember. So ergriff Mende schließlich die Flucht nach vorn und ver-

¹³ Mende soll in Neustadt erklärt haben, seine Partei sei nach wie vor der Auffassung, daß man sowjetzonale Postbeamte ruhig in West-Berlin Passierscheinanträge entgegennehmen lassen solle, wenn die Zone darauf bestehe, denn mit einer solchen Regelung werde die DDR nicht aufgewertet. Richtiggestellt wurde, Mende habe gesagt, daß für die Zukunft „eine Tätigkeit Ost-Berliner Postangestellter in Passierscheinstellen in West-Berlin nicht mehr hingenommen werden“ könne.

¹⁴ Borm monierte, Mende sei als FDP-Vorsitzender doch der Meinung gewesen, daß die Bedenken der Bundesregierung gegen eine Wiederholung der Passierscheinregelung vom Dezember nicht berechtigt seien.

langte selbst eine Vorstandsentschließung, in der Passierscheine und weitergehende Vereinbarungen gefordert werden und mit der Kühlmann zum Kanzler gehen könne. Nachdem M. noch eine überraschend optimistische Prognose für Passierscheine und gesamtdeutsche Kommissionen innerhalb der nächsten sechs Monate (!) gegeben hatte, zog sich eine kleine Redaktionskommission zur Formulierung des Vorstandsbeschlusses zurück.

Als wir mit unserem Entwurf zurückkehrten, war man beim Thema Kompetenzen für das Mende-Ministerium angelangt. Tendenzen, diese auf das Bundeskanzleramt zu übertragen, wurden von Hoppe, Weyer, Starke und Rubin scharf kritisiert¹⁵. W. schlug vor, in den Länderregierungen entsprechenden Druck auszuüben, „um eine solche verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern“.

Am nächsten Morgen bereitete der Vorstand den kommenden Parteitag vor. Man stritt eine Zeitlang, ob der Außenpolitische Arbeitskreis in Duisburg öffentlich tagen solle oder wegen der „heiklen deutschlandpolitischen Fragen“ (Hoppe) lieber nicht. Genscher wies auf die Gefahr hin, daß Vertraulichkeit die Presse zu allerlei Spekulationen ermuntern würde – also entschied man sich für Öffentlichkeit, nicht ohne zuvor Arbeitskreis-Erfahrungen in München kontrovers diskutiert zu haben. Keine Vorstandssitzung mehr ohne einen gereizten Wortwechsel zwischen Mende und Dehler.

Mißmut herrschte zunächst auch beim nachfolgenden Hauptausschuß. Man biß sich sogleich am Lübke-Thema fest, rief nach einem FDP-Kandidaten für das Präsidentenamt. Zoglmann wies auf Jagdfreund Gerstenmeier als Lübke-Nachfolger hin, Mende erregte sich über den Vorschlag Zoglmanns und Barowskis, gegebenenfalls mit der SPD gemeinsame Sache zu machen, bis die Debatte wie üblich versandete; niemand wußte einen Ausweg. Zur Passierscheinfrage gab es übrigens kaum eine Wortmeldung.

Donnerstag, den 23. April 1964

Auf der heutigen Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes berichteten Glahn und von Nottbeck über lebhafte Kritik in ihren Landesverbänden an der Einstellung des *Freien Wort*. Am späten Nachmittag besuchte mich Parteifreund Stubbe aus der Rechtsabteilung des AA. Er nimmt, wie er mir sagte, seit einiger Zeit nicht mehr an den Sitzungen des Fraktionsarbeitskreises teil, weil ihm Achenbachs Monologe und illusionäre Theorien auf die Nerven fielen. St. hält eine eingehende Beratung unserer außenpo-

¹⁵ Starke: „Was Mende vorgetragen hat hinsichtlich der Richtlinien-Gewalt des Kanzlers, das kann die Partei nicht akzeptieren“; Hoppe wandte sich mit Schärfe gegen jeden Versuch, „die politischen Kompetenzen des Mende-Ministeriums praktisch dem Bundeskanzler zuzuteilen“; und Rubin meinte im Hinblick auf die Kompetenzen des von der FDP geforderten Bundesamtes für innerdeutsche Kontakte: „Hier ist eine fundamentale Koalitionsfrage gegeben.“

litischen Linie für dringend erforderlich und schlägt zu diesem Zweck die Bildung eines Sachverständigengremiums vor.

Da dürfte wohl A. nicht mitspielen.

In der Ost-West-Politik gab's zum Wochenbeginn wieder einen kleinen Fortschritt: Johnson und Chruschtschow beschlossen, die Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke in ihren Ländern einzuschränken. Nach der direkten Fernsprechverbindung zwischen den beiden Supermächten und dem Teilabkommen über einen Teststopp im Jahre 1963 ist das der dritte Beitrag zur Ost-West-Entspannung nach der Kuba-Krise. Zugleich aber ist dieser Vorgang auch eine Warnung an jene politischen Kräfte in unserem Lande, die glauben, jeden Fortschritt in der Ost-West-Politik von einer Lösung der deutschen Frage abhängig machen zu können.

Dienstag, den 28. April 1964

Zu Beginn ihrer Sitzung erörterte heute die Fraktion kurz das Wahlergebnis vom Sonntag in Baden-Württemberg¹⁶. Die wesentlich erhöhte Wahlbeteiligung gegenüber 1960 brachte uns zwar einen Zuwachs von 13 000 Stimmen, zugleich aber auch den Verlust von 2,7 Prozent im Stimmenanteil. Auffallend ist, daß in vier von fünf Stuttgarter Wahlkreisen absolute Stimmenverluste zu verzeichnen sind. Offenbar ist das alte FDP-Wählerreservoir zum Teil Herrn Erhard zuliebe zur CDU gegangen¹⁷. Dehlers Kritik scheint also insofern berechtigt: Wenn die FDP Erhard lobt und nicht angreift, ist sie verloren.

Donnerstag, den 30. April 1964

Die *Stuttgarter Zeitung* hat gestern als Folge des Ausgangs der Landtagswahlen eine „engere Anlehnung der Freien Demokraten an ihren Bonner Koalitionspartner“ vorausgesagt; die FDP-Führung wolle künftig auf Abgrenzungsversuche zur CDU/CSU weitgehend verzichten. Zwischen Mende und Erhard laufen bereits Gespräche über die Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition in Stuttgart „in alter Form“. M. sieht darin ein Ele-

¹⁶ Bei den Landtagswahlen am 26.4. in Baden-Württemberg erhielt die CDU 46,2% der Stimmen (gegenüber 39,5 im Jahre 1960), die SPD 37,3 (35,3) und die FDP 13,1 (15,8).

¹⁷ In einem Analyse-Papier Moerschs vom 30.4.1964 zum Ausgang der Wahlen („Die Ausgangslage bei der Landtagswahl“) wird zwar bestritten, daß eine so motivierte Wählerwanderung „in erheblichem Umfange“ stattgefunden habe, doch gleichzeitig betont, „daß von der Führungsspitze in Baden-Württemberg überhaupt nichts unternommen wurde, um diesen Erhard-Feldzug entweder zu stoppen oder aber in seiner Wirkung zu begrenzen. Man war dieser Methode hilflos ausgeliefert, auch den ziemlich unverschämten Bemerkungen Erhards.“ In Wahrheit führte Erhard „den Feldzug gegen die FDP“, indem er sie ignorierte, „alle Verdienste der CDU zuschrieb und nur eine Alternative zwischen CDU und SPD gelten lassen wollte.“ (Text bei den Handakten Schollwers, ADL 6954/43).

ment der „Klimaverbesserung“ zwischen den Bonner Koalitionen. Wegen der wiederum schlechten Beteiligung wurde beschlossen, den Geschäftsführenden Vorstand künftig nur noch alle vierzehn Tage einzuberufen. Die von Weyer geforderte Aktivierung der Vorstandsspitze hat noch keine zwei Monate angedauert.

Montag, den 4. Mai 1964

Mende sprach sich heute morgen im „Team“ für eine Koalition mit der CDU auch nach den kommenden Bundestagswahlen aus; diese Absicht sollten wir den Wählern rechtzeitig mitteilen. Zugleich müsse die FDP dem Wahlvolk die Kanzlerschaft Erhards und den Außenminister Schröder auch in der 5. Legislaturperiode garantieren. Können wir das?

Samstag, den 9. Mai 1964

Mendes heutiges *Bild*-Interview zeigt einen „gesamtdeutschen“ Minister, der sich von Leuten wie Barzel nur noch in Nuancen unterscheidet.

In drei Tagen soll auf der NATO-Frühjahrstagung erneut versucht werden, das festgefahrene Allianz-Boot wieder flott zu machen. Das Unvermögen der Partner, sich auf ein gemeinsames Konzept zur Bewältigung der aktuellen weltpolitischen Probleme zu einigen, ist beängstigend. Weder in der Asien-, noch in der Osteuropa- und Deutschlandpolitik gibt es zur Zeit eine Plattform, auf die sich ausnahmslos alle Partner der NATO stellen würden. Kein Wunder, daß so die Initiative der Bundesregierung in der Deutschlandfrage kaum noch eine Chance hat, Gegenstand eines gemeinsamen Schrittes der Westmächte gegenüber Moskau zu werden¹⁸.

Ob dafür allerdings bevorstehende Wahlen in den USA und Großbritannien verantwortlich zu machen sind, wie die *Welt* heute meint, ist sehr zu bezweifeln. Denn Frankreich, in dem nicht gewählt wird, ist von der deutschen Initiative genau so wenig entzückt wie die Angelsachsen.

Montag, den 11. Mai 1964

Bei Punkt 1 der Tagesordnung mußten wir Mitarbeiter das Fraktions-Sitzungszimmer verlassen; der Bundesvorstand wollte den jüngsten Fall Dehler unter sich diskutieren. Zweieinhalb Stunden beschäftigten sich die Vorstandsmitglieder hinter verschlossenen Türen mit einem Brief D.'s so wie dessen letzten öffentlichen Reden¹⁹. Dann erörterte man in unserem Beisein das Stuttgarter Fiasko. Haußmann, Berichterstatter zum Tagesord-

¹⁸ Es handelt sich um das Memorandum vom 8. 8. 1963. Vgl. Anmerkung 12, S. 188).

¹⁹ Am 22. 4. hatte Dehler auf einer Wahlversammlung in Rastatt Ludwig Erhard vorgeworfen, in der Röhren-Embargo-Angelegenheit gelogen zu haben und in der Deutschlandpolitik die „senile Politik“ Adenauers fortzuführen. Der Bundesvorstand der FDP bedauerte und mißbilligte die Äußerungen Dehlers am 27. 4. und erhielt daraufhin von Dehler einen Protestbrief (ADL, Nachlaß Dehler, N I-527).

nungspunkt, versuchte die Niederlage zu bagatellisieren und seine eigene Unschuld am Ergebnis nachzuweisen. Unter Zustimmung der Vorstandsmehrheit meinte Kühlmann jedoch, für ihn sei Baden-Württemberg eine „absolute Testwahl“ gewesen; deshalb sei eine sehr genaue Analyse ihres Resultats dringend geboten.

Gegen sieben Uhr abends war man dann wieder bei der Außen- und Deutschlandpolitik angelangt. Rubin und Kohl forderten innerhalb der FDP eine Klärung der gesamtdeutschen Politik; Kohl plädierte in diesem Zusammenhang für eine Klausurtagung. Kühlmann kritisierte mit Schärfe die unterschiedlichen Erklärungen prominenter FDP-Leute zu außenpolitischen Fragen: „Die einen sind für, die anderen gegen Europa – das habe ich satt!“. Dem schloß sich eine kurze aber erregte Diskussion über die Frage an, wieweit Europa mit Wiedervereinigungspolitik zu vereinbaren sei. Eine Einigung wurde nicht erzielt.

Dienstag, den 19. Mai 1964

Mende hat sich am Samstag über *Rias*-Berlin zum Pfingsttreffen der FDJ und zur Deutschlandpolitik in einer Weise geäußert, die mich voll befriedigte, in Ostberlin jedoch deutliche Unmutsäußerungen hervorrief. Die Erinnerung an frühere Hitlerjugend-Treffen ist für die SED gewiß höchst verdrießlich, m. E. aber durchaus berechtigt.

Nicht nur bei uns, auch bei der CDU/CSU und den Sozialdemokraten gibt es zur Zeit keine einheitlichen Auffassungen zur Außen- und Deutschlandpolitik. Die Auseinandersetzungen zwischen der Schröder-Gruppe und dem Strauß-Flügel nehmen immer mehr an Schärfe zu. Nun haben auch die Sozis ihren Beitrag zum parteiinternen Meinungsstreit geliefert. Brandts „gaullistische“ Rede in New York ist nach dem vehementen Anti-gaullismus auf der SPD-Tagung in Bad Godesberg recht sonderbar²⁰. Vielleicht braucht nun auch die SPD eine „Tegernseer Klausur“, freilich eine mit mehr Aussicht auf Erfolg²¹.

Dienstag, den 26. Mai 1964

Die außenpolitischen Vorbereitungen zum Parteitag nehmen einen ärgerlichen Verlauf. Trotz meines wiederholten Widerspruchs will Achenbach in

²⁰ Brandt hatte in New York vor der Foreign Policy Association erklärt: „Wir hätten Grund, uns der Tatsache bewußt zu werden, daß de Gaulle mit Kühnheit und Eigenwilligkeit auf seine Weise das Udenkbare denkt und begonnen hat, daraus Folgerungen zu ziehen. Manchmal frage ich mich als Deutscher, warum eigentlich nur er?“ (ADG, 11 229f.) Auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg am 15. und 16. 2. hatten sich führende SPD-Vertreter noch außerordentlich kritisch über die Politik de Gaulles geäußert.

²¹ Am 19. 5. begannen in Erhards Haus am Tegernsee unter strengster Geheimhaltung Gespräche des Kanzlers mit dem amtierenden CDU/CSU-Fraktionschef Barzel und mit CSU-Chef Strauß über die Außenpolitik der Union, die am Tag darauf durch eine Unterredung mit Schröder fortgesetzt wurden.

Duisburg seine obligate Friedenskonferenz erneut ins Spiel bringen. Mende laviert, stimmte aber gestern dann doch Achenbach mit dem Vorbehalt zu, daß wenigstens nicht mehr von einer „unverzüglichen“ Einberufung dieser sinnlosen Unternehmung gesprochen werden soll. Dafür konzessierte M. freilich einen Verzicht auf seine Formel von der langfristigen Lösung der deutschen Frage. Dieser „Kompromiß“ steht natürlich im Widerspruch zu den Beschlüssen der Bundestagsfraktion vom 14. Januar. Darauf habe ich heute Friderichs in einem ausführlichen Aktenvermerk hingewiesen, aber auch Mende teilte ich schriftlich meine Bedenken gegen die von A. beabsichtigte Aussage mit²². Ich habe dabei M. auf mögliche koalitionspolitische Konsequenzen hingewiesen.

In der dieser Vorbesprechung vorangehenden Fraktionssitzung kündigte sich das Desaster bereits an. Mende hatte seinen „Rückzugstag“. Er verbrannte alle Brücken zu einer realistischen Deutschlandpolitik und wies gegenüber Kritikern von rechts (z. B. Ertl) rechtfertigend auf sein fragwürdiges *Bild*-Interview hin. Wiederum wurde in der Fraktion der Ruf nach einer baldigen außenpolitischen Klausurtagung laut. Als dann Achenbach seine bekannten deutschlandpolitischen Thesen vertrat, lehnte Mende zunächst noch die Forderung nach Wiederholung der Münchner Formel ab, um sie in der anschließenden Vorbesprechung für Duisburg dann doch noch mit gewissen Einschränkungen zu schlucken²³.

Donnerstag, den 28. Mai 1964

Heute nachmittag, kurz vor Beginn der Vorstandssitzung, versicherte mir Mende unter vier Augen, ich hätte mit den in meinem Brief dargelegten Bedenken gegen das Achenbach'sche Konzept „völlig recht“; wir könnten vom Prinzip der Viermächte-Verantwortung nicht abgehen. Doch in der anschließenden Sitzung kämpfte er für diese seine Überzeugung nicht. Obwohl Kühlmann in erfreulicher Deutlichkeit gegen Achenbachs Konzept

²² Vermerk für Dr. Friderichs, betreffend „Vorbereitung des Arbeitskreises I“ vom 26. 5. 1964. Darin heißt es u. a.: „Die Friedenskonferenz soll, jedenfalls nach Vorstellungen Dr. Achenbachs, an die Stelle der von der Bundesregierung und allen deutschen Parteien vorgeschlagenen ständigen Vier-Mächte-Deutschlandkonferenz treten“ (Handakten Schollwers, ADL 6954/43, ebenso der Brief d. Verf. an Dr. Mende vom 26. 5. 1964). In diesem Brief heißt es u. a.: „Sollte sich der Parteitag auf der von Dr. Achenbach vorgezeichneten Linie bewegen, so wäre m. E. eine schwere Krise zwischen dem Bundeskanzler Erhard und seinem Stellvertreter unausbleiblich ... Ich jedenfalls weiß nicht, wie ich der Presse die Identität zwischen dem Wollen Dr. Achenbachs und der von Ihnen gemeinsam mit dem Bundeskanzler vertretenen Politik klarmachen soll.“

²³ Die am 2. 7. 1963 von dem Außenpolitischen Arbeitskreis des Münchener Parteitages vorgelegte und dann auch vom Plenum verabschiedete Entschließung enthielt unter Punkt 1 die Forderung nach dem unverzüglichen Zusammentreten „einer Deutschlandkonferenz mit dem Ziel, eine dauerhafte Friedensregelung für ganz Deutschland herbeizuführen.“ Tagungsort dieser Konferenz sollte „die deutsche Hauptstadt Berlin“ sein.

Stellung genommen hatte, behauptete M. ausweichend, er könne keinen Widerspruch zwischen den Auffassungen dieser beiden Parteifreunde erkennen (!).

Zuvor beschäftigte man sich mit dem für Duisburg erneut geplanten Parteitagdienst der Jungdemokraten²⁴. Mende drohte, von seinem „Hausrecht“ Gebrauch zu machen, doch Holl, Starke und Borm warnten vor dramatischen Schritten.

Auch bei der erneuten Diskussion über die Präsidentenwahl wollte M. wieder mal alles offen lassen, beschwor die Gefahr einer schwarz-roten Koalition und ereiferte sich, weil Effertz angeblich von der Wahl eines SPD-Kandidaten durch die FDP gesprochen haben soll. Doch die Vorstandsmehrheit war des Taktierens und Lavierens müde. Ein Vorschlag Genschers, bei Festhalten der CDU an Lübke der Fraktion der Bundesversammlung die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu empfehlen, fand – von einer Enthaltung (Haas) abgesehen – die einstimmige Billigung des Vorstandes²⁵.

Donnerstag, den 4. Juni 1964

Dieser Parteitag war ein ziemlicher Reinfall, voller Komplikationen, ohne klare Linie und mit vielen enttäuschenden Ergebnissen. Nur ganz zu Beginn, nach den endlosen Begrüßungsreden, kam für kurze Zeit Stimmung auf: als Mende die Kandidatur Buchers für das Präsidentenamt verkündete²⁶. Minutenlanger Beifall, ein verlegen dreinschauender Kandidat – alles schien gerührt. Das war dann aber auch schon der Höhepunkt der dreitägigen Veranstaltung in der Duisburger Mercatorhalle. Denn selbst Mendes, im außen- und deutschlandpolitischen Teil im großen und ganzen ausgewogenes Referat bot vor allem durch sonderbare Formulierungen bei der Koalitionsaussage berechtigten Anlaß zur Kritik²⁷. Jungdemo-

²⁴ Die Jungdemokraten beabsichtigten – wie schon 1963 in München – auch in Duisburg einen eigenen Parteitagdienst herauszugeben. DJD-Vorsitzender Karl Holl bat den Vorstand, nichts gegen die Verbreitung dieses Dienstes zu unternehmen. Mende erklärte jedoch, er wolle den Antrag stellen, daß dieser Dienst nicht verteilt werden darf, nachdem in München „hämische Angriffe gegen die FDP zu verzeichnen waren.“ – Diese Angriffe richteten sich jedoch nahezu ausschließlich gegen Mende selbst.

²⁵ Genschers Vorschlag bestand aus drei Teilen: 1. Die FDP lehnt Lübke ab; 2. Die FDP ist nach wie vor für einen Gemeinschaftskandidaten, den die CDU benennen sollte; 3. Wenn die CDU/CSU jedoch an Lübke festhält, wird der Bundesvorstand der Fraktion der Bundesversammlung empfehlen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

²⁶ Am 31.5. hatte der Bundesvorstand in Duisburg die Kandidatur von Bundesjustizminister Bucher für das Amt des Bundespräsidenten einstimmig gebilligt.

²⁷ Schollwer kritisierte folgende Passagen der Rede: „Es wird an uns liegen, unsere Mitbürger bis zum Herbst 1965 darüber aufzuklären, daß man erst recht FDP wählen muß, wenn Professor Erhard an der Spitze dieser Regierung bleiben und kein Übergangskanzler gewesen sein soll; daß man erst recht FDP wählen muß, wenn

kraten und viele Delegierte sehen für ihre Partei offenbar wesentlichere Aufgaben als die einer Art Schutztruppe für die vom rechten Unionsflügel bedrängten CDU-Herren Erhard und Schröder. Mende-Stellvertreter Weyer meldete in seinem Schlußwort ebenfalls deutliche Zweifel an der Weisheit des Vorsitzenden in dieser Sache an.

Mißlich waren auch Verlauf und Ergebnis der Sitzung des Außenpolitischen Arbeitskreises am Dienstag. In der Vorstandssitzung am Samstag-nachmittag hatte sich Achenbach zwar mit seiner „Friedenskonferenz“ bei der Mehrheit nicht durchsetzen können, nachdem nur Kühlmann Argumente Schröders und die meines Positionspapiers entgegengehalten hatte. Später machten sich K. und Zoglmann daran, das Redemanuskript Achenbachs zu entschärfen, wenn auch wohl nicht in ausreichendem Maße. So tönte A. vor dem Arbeitskreis letztlich in der seit Jahren bekannten Weise, in der anschließenden Debatte u. a. von Rahn, Dehler, Ertl und Haas zur Fortführung seines illusionären Kurses lebhaft ermuntert. Dehler – mit demonstrativem Beifall begrüßt – ließ es sich nicht nehmen, alle Kritiker Achenbachs (die es in der Diskussion gottlob auch gab) mit dem Adjektiv „resignativ“ zu versehen und so als belanglos abzuqualifizieren.

Mende und Kühlmann sagten übrigens während der Diskussion im Arbeitskreis kein Wort. Doch war der Vorsitzende immerhin bereit, tags darauf in einem Arbeitskreisbericht vor dem Plenum – meinem Vorschlag entsprechend – die Achenbach-Formel von der Einberufung einer Deutschlandkonferenz noch weiter abzuschwächen²⁸. So konnte wenigstens das Schlimmste verhindert werden.

Drei unvorhersehbare Ereignisse trübten das Bild dieses Kongresses zusehends: Am Montag erlitt Leverenz in Duisburg einen Herzinfarkt; er mußte im bedenklichen Zustand in ein Krankenhaus gebracht werden. Am Dienstag meldeten die Agenturen den unmittelbar bevorstehenden Übertritt Stammbergers zur SPD, angeblich, um dadurch einen Wieder-

Fortsetzung Fußnote von Seite 206

Schröder seine beweglichere Außenpolitik weiterführen und nicht einem CSU-Abgeordneten Platz machen soll; daß man erst recht FDP wählen muß, um die gegen Erhard und Schröder gerichtete Opposition in der eigenen Partei in Schach zu halten.“ (ADL, Bestand Bundesparteitag, A 1–251).

²⁸ Achenbach hatte am 2.6. in seiner Rede („Gedanken zu Freiheit und Einheit“) vor dem Arbeitskreis unter Beifall angeregt, der Bundesparteitag möge den Außenminister und den Bundeskanzler auffordern, „im Sinne unserer Münchener Beschlüsse eine Note an die vier Mächte zu richten mit der Aufforderung, für einen Zeitpunkt bald nach den Wahlen in den beiden angelsächsischen Ländern eine Deutschland-Konferenz einzuberufen mit dem Ziel, nun beinahe 20 Jahre nach Abschluß der Feindseligkeiten zu einem gerechten Frieden auch zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu kommen.“ – Demgegenüber erklärte Mende am 3.6. vor dem Parteitagssplenum in seinem Bericht über die Arbeitskreissitzung: „Der Referent ... forderte die Bundesregierung auf, zum gegebenen Zeitpunkt (!) Vorschläge für die Einberufung einer Deutschlandkonferenz zu machen.“

aufstieg des Herrn Strauß zu verhindern. Am gleichen Tage ritt Dolf Sternberger in der *FAZ* eine üble Attacke gegen unseren Präsidentschaftskandidaten Bucher, die gestern von Dehler mit beißender Schärfe zurückgewiesen wurde²⁹.

Bei den Vorstandswahlen am Mittwoch gab es einen leichten Ruck nach links. Dabei schnitt Mende wiederum schlecht ab. 71 Delegierte gaben ihm nicht ihre Stimme, seine Stellvertreter, Rubin und Hoppe erzielten ein besseres Ergebnis als der Parteivorsitzende. Doch Mende ließ sich seine gute Laune dadurch nicht nehmen.

Montag, den 8. Juni 1964

Morgens im Team warnte Mende davor, sich gegen eine Regierungsbeteiligung bei absoluter Mehrheit der CDU auszusprechen. M. plädierte zudem für eine Personalisierung des Wahlkampfes. Damit erweist sich unser Vorsitzender erneut als Nur-Taktiker, dem Sachaussagen im Grunde wohl eher gleichgültig sind. Leider unterstützte Genscher diese Absichten Mendes bis zu einem gewissen Grade.

Am Samstag haben sich die Sozialdemokraten auf einer Tagung in Bonn für den Präsidentschaftskandidaten Lübke entschieden. Offenbar soll L. sie dafür ins Brautbett der CDU bringen. Eine feine Opposition.

Dienstag, den 9. Juni 1964

Auf der heutigen Fraktionssitzung berichtete Achenbach über das Samstagsgespräch beim Bundeskanzler. Man sei sich einig gewesen, die Atmosphäre zwischen Bonn und Moskau zu verbessern. Auf Vorschlag Zoglmanns sollten Parlamentarier zur „Erkundung“ nach Moskau fahren. Nach Erhards Ansicht habe die multilaterale Atommacht eine „integrierende Wirkung“ im Westen, sie ärgere aber die Russen, die laut aufschrien.

Achenbach habe deshalb gebeten, zu überdenken, ob ein Festhalten an der MLF³⁰ nicht auch Nachteile für Bonn bringen könne. Ganz allgemein beabsichtige die Bundesregierung – so Achenbach – im Moment nicht, „etwas Kräftigeres zu tun“; sie sei gegen spektakuläre Schritte (damit war offensichtlich A.'s Friedenskonferenz gemeint). Achenbach habe erwidert,

²⁹ „Ein Prestige-Kandidat“ – in *FAZ* vom 2.6.1964. Darin heißt es: „Die Freie Demokratische Partei präsentiert einen Fünfzigjährigen, der als junger Mann von der Hitlerjugend dekoriert worden ist und der Parteigenosse war. – Dazu Dehler am 3. Juni vor dem Parteitagssplenium: „Dieser merkwürdige Professor für politische Wissenschaften (Dolf Sternberger – d. Verf.) kennt nicht die Maximen unseres Verfassungsrechts und der Rechtssprechung unseres obersten Gerichts ... Ich habe den Untertitel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* „Zeitung für Deutschland“ mit einem Fragezeichen versehen (Beifall). Ich habe noch etwas Härteres gesagt: „Zeitung gegen Deutschland““.

³⁰ MLF = Multilateral Force, das von Kennedy vorgeschlagene Projekt einer multilateralen Nuklearstreitmacht der NATO.

wenn man weiterkommen wolle, müsse man am Tisch sitzen. A.'s Fazit des Gesprächs: Bundesregierung versucht, „in einer guten Richtung Atmosphäre zu schaffen“, sie will die Handelsmissionen „effektiv gestalten“; das sei zu begrüßen, meinte der Arbeitskreisvorsitzende.

Moersch ist heute mit Erhard nach Kanada und in die USA geflogen. Er will insbesondere des Kanzlers Bemühungen beobachten, Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik wieder unter einen Hut zu bringen³¹. Das wird nicht leicht sein.

Donnerstag, den 11. Juni 1964

Kaum hatten Erhard und Schröder den Boden der Bundesrepublik verlassen, liefen Strauß und Guttenberg auch schon gegen die offizielle Außenpolitik der Bundesregierung Amok. Der CSU-Boß schoß von Chicago her gegen Erhard und die amerikanische Entspannungspolitik quer, der Herr Baron gab aus München gaullistisch Laut³². Der Waffenstillstand vom Tegernsee währte noch nicht einen Monat. Erhard, werde endlich hart!

Gestern, bei einem Podiumsgespräch in der Godesberger Stadthalle, gab der CDU-Vertreter Eichelbaum ein Musterbeispiel für illusionäres Denken in seiner Partei. Bei der Erörterung der Frage, ob eine innerdeutsche Entspannung möglich sei, meinte E., es gäbe zwischen den beiden Teilen Deutschlands überhaupt keine Spannungen, sondern lediglich zwischen dem deutschen Volk und dem SED-Regime. Ebenso bestritt der CDU-MdB jede geistige oder politische Auseinanderentwicklung im ge-

³¹ Moersch hat nach seiner Rückkehr aus den USA dem Fraktionsvorstand in einem vertraulichen Bericht vom 16.6. seine Eindrücke über diese Reise u.a. wie folgt übermittelt: „Zweifellos waren die Kanadier irritiert von der Formel ‚Entspannung durch Wiedervereinigung‘ (sie soll übrigens von Barzel stammen). Erhard hat dann auch, ebenso wie Hase, die Umkehrung der Formel vorsichtig für möglich erklärt, was auch nicht ganz überzeugend war nach dem Bonner Auftakt vor der Reise ... Die Rede (Erhards) in New York ... (ergab) eine seltsame Mischung von starken Worten in der Sprache des Kalten Krieges und freundlichen Worten für eine mögliche Entspannungspolitik. Die Rede soll wiederholt geändert worden sein. Ich kann nur vermuten, daß Herr Barzel seine Hand im Spiel hatte ... In Washington war das Bemerkenswerteste der Rückzug Erhards in der China-Frage und die Distanzierung von der eigenen Formel ‚Entspannung durch Wiedervereinigung‘! ... Das seltsamste an dem ganzen Unternehmen war die Parallelität zu dem Strauß-Besuch.

Mein Eindruck: die Amerikaner waren etwas verwirrt und bekamen Zweifel an Erhards Machtstellung innerhalb seiner Partei.“ (Exemplar bei den Handakten Schollwers, ADL 6955/44).

³² Strauß hatte sich in Chicago gegen die von Erhard und Schröder vertretene „Politik der Bewegung“ gewandt, die auf nichts anderes hinauslaufe, als „auf Erfüllung der kommunistischen Forderungen“ (*Bonner General-Anzeiger* vom 12.6.1964). Guttenberg hatte in einem Rundfunkinterview erklärt, Europa dürfe nicht „auf die Dauer, nicht für die nächsten und kommenden Jahrzehnte in völliger Abhängigkeit von den Sicherheitserwägungen und Sicherheitsentschlüssen“ der USA bleiben (*Saarbrücker Zeitung* vom 12.6.1964).

teilten Deutschland. Wenn das die Unionsanalyse der deutschen Frage ist, braucht man sich über deren völlige Passivität in der Deutschlandpolitik nicht zu wundern.

Kritik an der FDP übte Dübber, der Mende (und auch von Hase) wegen deren Äußerungen zu innerdeutschen Kontakten rügte; sie machten damit alles kaputt. Privat äußerte sich auch Blessing mir gegenüber besorgt, weil Mendes Staatssekretär Krautwig in *Rias* noch immer Kalte-Kriegs-Reden halte, während sich der Minister um zeitgemäße Aussagen zur deutschen Frage bemühe.

Montag, den 22. Juni 1964

Gestern bei den Jungsozialisten in Stenden bei Krefeld. Nach meinem Referat über ostpolitische Aspekte der deutschen Frage eine lebhafte Diskussion, die zu fast vollständiger Übereinstimmung (aktive Deutschlandpolitik durch vermehrte Kontakte mit der DDR) führte.

Währenddessen treten wir in der FDP noch immer auf der Stelle. Dehler hat am Wochenende in der neuesten Ausgabe unseres Kieler Parteiblättchens den Duisburger Parteitag aus seiner Sicht kommentiert; zur Außen- und Deutschlandpolitik wie erwartet die Achenbach'sche Linie. Dafür aber deutliche, distanzierende Worte zu Mendes unglücklichen Koalitionsaussagen. Ich freue mich immer, wenn ich mit D. einmal übereinstimmen kann.

Eine neue deutschlandpolitische Studie. Verjährungsdebatte

Dienstag, den 23. Juni 1964

Heute morgen, kurz nach Dienstbeginn, bat mich Friderichs ins Genscher-Zimmer. Dort teilte mir G. Moersch's Absicht mit, sein Amt als Pressechef der Partei zur Verfügung zu stellen (das war mir schon bekannt). Gestern habe der Fraktionsvorstand dieses Problem erörtert und sich dafür ausgesprochen, mir dieses Amt anzutragen.

Als ich G. auf die bekannten Vorgänge im Januar 1961 hinwies, meinte der, da könne ich ganz unbesorgt sein; man habe sich gestern in seltener Einmütigkeit über mich geäußert und dabei den Wunsch kundgetan, daß ich Pressechef der FDP werde.

Ich bat um Bedenkzeit (obwohl mein Entschluß nicht zu akzeptieren, eigentlich schon feststeht). G. meinte, wenn ich zusage, sei der Ausgang völlig klar, da die Spitze der Partei und der Fraktion sich bereits für mich entschieden hätten. – Eine späte Genugtuung für die Blamage vor dreieinhalb Jahren.

Freitag, den 26. Juni 1964

Am Vormittag teilte ich Genscher und Friderichs mit, daß ich – aus gesundheitlichen Gründen – ihr Angebot ausschlagen müsse. Ob sie diese Begründung akzeptierten, war nicht klar; meine Entscheidung hat sie offenbar nicht überrascht, wenn vielleicht auch etwas gekränkt.

Heute übersandte ich Mende eine Bestandsaufnahme der Deutschlandpolitik, an der ich seit 17 Tagen gearbeitet habe¹. Diese Schrift ist als Diskussionsgrundlage für weitere Schritte der FDP in der deutschen Frage gedacht. Vielleicht kann man auf diesem Wege die inzwischen wieder völlig eingeschlafene Debatte über eine neue Deutschland-Politik in Gang bringen.

An diesem Tage erschien auch die letzte Ausgabe unserer Parteizeitung. In Bursigs „Nachruf“ klingt ein wenig Skepsis und Enttäuschung über den Vorstandsbeschluß mit – verständlicherweise.

Freitag, den 3. Juli 1964

Die Wahl Lübkes in Berlin war nur noch eine Formsache. Nachdem sich die Mehrheit der SPD-Fraktion in der Bundesversammlung am Dienstag noch einmal auf den CDU-Kandidaten festgelegt hatte, war das Rennen bereits gelaufen. Unsere Vorbesprechung am Nachmittag des 30. Juni im Palais am Funkturm dauerte dann auch nur 45 Minuten. Man beschloß lediglich, dem von der SPD ausgestreuten Gerücht, Bucher wolle nur für den ersten Wahlgang kandidieren, erneut entgegenzutreten². Ob sich Wehner mit seiner Strategie nicht doch verrechnet hat, bleibt vorerst offen. Immerhin hat Lübke kurz vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung in Berlin der Großen Koalition noch schnell eine Absage erteilt. Dafür konnte Bucher mit seinem Ergebnis ganz zufrieden sein: immerhin 21 Stimmen „über den Durst“. Wir haben damit wenigstens Flagge gezeigt und wieder etwas für unsere Glaubwürdigkeit getan.

Gestern vormittag Pressekonferenz des Forschungsbeirates im Bundes-

¹ W. Schollwer: „Deutschlandpolitik im Jahre 1964 – Eine Bestandsaufnahme“. Sie enthielt auf 25 Seiten eine ausführliche Analyse der östlichen wie der westlichen Deutschlandpolitik im Juni 1964 und faßte die Fakten mit der Bemerkung zusammen: „Die Konsequenzen, die sich aus dieser Lage ergeben, sind natürlich tiefgreifend. Sie hier darzustellen, ist nicht Aufgabe dieses Berichtes. Ein Versuch ist bereits im Frühjahr 1962 unternommen worden. Er müßte zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderungen wiederholt werden.“ Die Bestandsaufnahme erhielten am 26. Juni neben Mende auch Kühlmann-Stumm, Genscher und Friderichs. Auf Anweisung Mendes wurde dieses Papier am 6.7. allen Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion zugeleitet.

² In einer einstimmig gefaßten Entschließung teilten die 102 FDP-Wahlmänner mit, daß sie an Bucher als Kandidaten „für alle erforderlichen Wahlgänge“ festhalten wollten.

haus zur Vorstellung einer neuen Schriftenreihe³. Gradl sprach fast euphorisch vom Ende der „Rauschzustände“ des Jahres ‚58‘, vom „unerhörten Phänomen“ der Krise im kommunistischen Wirtschaftssystem. Thalheim, Verfasser des einen Bandes, warnte vor falscher Ausdeutung der Liberman-Diskussion. Es handele sich nicht um Liberalisierung, sondern lediglich um Rationalisierung der sowjetischen Wirtschaft⁴.

Heute nachmittag Verabschiedung von Genscher; er hat die Bundesgeschäftsführung Dr. Friderichs übergeben und zieht sich wieder auf seinen Geschäftsführerposten in der Fraktion zurück.

Montag, den 6. Juli 1964

Mende, der heute Friderichs mit dem nun schon traditionellen Sekt-Umtrunk in sein Amt einführte, zeigt sich von seinem Gespräch mit de Gaulle sichtlich beeindruckt. Dem Geschäftsführenden Bundesvorstand berichtete M. am Nachmittag, der französische Staatspräsident habe sich „außerordentlich stark“ gegen die USA und deutschen Bindungen an Amerika ausgesprochen (die USA seien nicht zuverlässig), dafür aber eine Achse Bonn-Paris propagiert. Er, Mende, habe wegen der Wiedervereinigungsfrage für ein Europa der Vaterländer plädiert. M. glaubt, daß de Gaulle „in nächster Zeit“ auf dem Gebiete der Deutschlandpolitik „verschiedene Dinge unternehmen“ werde (!?). – Am Morgen, im „Team“ teilte Mende darüber hinaus mit, er sei vom General für November nach Paris eingeladen worden; er bat deshalb um eine zurückhaltende Beurteilung der französischen Außenpolitik.

Donnerstag, den 9. Juli 1964

In Abwesenheit von Erhard und Schröder – beide halten sich zur Zeit in Kopenhagen auf – trafen gestern Adenauer und Strauß im Bundeshaus zu einem eingehenden Gespräch zusammen. In Bonn machte das Wort von der „Verschwörung“ der beiden Gaullisten die Runde. Doch soll A. angeblich Strauß Mäßigung angeraten haben, wenn der CSU-Chef in München auf der Landesversammlung zu einer seiner gefürchteten außenpolitischen Reden ausholt.

Friderichs unterrichtete mich heute über ein Gespräch, das FDP-Vorstandsmitglieder in der vergangenen Woche anlässlich der Präsidentenwahl in Berlin mit Springer, Zehrer und Boenisch führten. Dabei soll sich der Presse-Caesar bereiterklärt haben, die FDP zu unterstützen, sofern

³ Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands legte am 2. 7. 1964 auf einer Pressekonferenz in Berlin die beiden ersten Bände seiner neuen Schriftenreihe „Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland“ vor.

⁴ Der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler, Professor Jewsej Liberman, hatte am 9. 9. 1962 in der *Prawda* die sowjetische Planwirtschaft kritisiert und mehr Entscheidungsfreiheit für die Chefs und Direktoren vor allem in der sowjetischen Industrie gefordert.

diese ihre alte Deutschlandpolitik wieder aktiviere. Springer habe der Bundesregierung Untätigkeit in der Deutschlandfrage vorgeworfen und behauptet, Strauß nur deshalb „aufzubauen“, um die nationalen Kräfte in der Bundesrepublik zu mobilisieren. F. zeigte sich übrigens von diesem Gespräch sehr beeindruckt und plädierte für eine Profilierung der FDP in der Deutschlandpolitik auch während des Wahlkampfes. Ob er da Springer wohl richtig verstanden hat?

Freitag, den 10. Juli 1964

Der Kampf der Gaullisten und Atlantiker in der CDU/CSU um den richtigen Kurs in der Europapolitik wird immer verbissener. Heute will sich das Kabinett endlich mit diesem die außenpolitische Aktionsfähigkeit der Bundesregierung stark belastenden Phänomen beschäftigen. Der Hauptpunkt des Streites ist die Frage, ob sich eine europäische politische Union zunächst auf Deutschland und Frankreich unter Ausklammerung der anderen westeuropäischen Staaten beschränken soll. Sie ist von so prinzipieller Bedeutung, daß der Kanzler nun ein Machtwort sprechen muß, wenn unsere Außenpolitik nicht gänzlich ins Zwielficht geraten soll. Es genügt nicht länger, nur außerhalb der deutschen Grenzen die Richtlinienkompetenz zu betonen, man muß es auch im Inland tun.

Montag, den 13. Juli 1964

Heute morgen stand im „Team“ die Europa- und Deutschlandpolitik im Mittelpunkt unserer Diskussion mit Mende. Dabei vertrat Genscher die bekannten Thesen Dehlers, während Moersch, Maurer und ich für ein Überdenken unseres bisherigen Kurses plädierten.

Resultat des CSU-Parteitages: Die Strauß-Partei will sich über Bayern hinaus als vierte eigenständige Partei ausbauen, Strauß selbst strebt mit allen Mitteln nach Bonn zurück und die CSU bleibt bei ihrem Europa-Kurs (Zweier-Union zwischen Bonn und Paris). Immerhin hat Erhard nun auch auf deutschem Boden endlich Laut gegeben und am Wochenende sowohl im Kabinett als auch vor den CSU-Delegierten seine Europa-Politik verteidigt. Strauß soll, wie Moersch berichtete, über des Kanzlers Extempore in München sehr überrascht gewesen sein.

Donnerstag, den 16. Juli 1964

Die Nominierung Goldwaters zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei hat weltweite Bestürzung ausgelöst. Die Bundesregierung ging verständlicherweise sofort auf Tauchstation, die fdk hat dagegen gestern sofort unmißverständlich Position bezogen⁵.

⁵ Barry M. Goldwater galt als militanter Antikommunist, der sich in seinen Reden

Auch unsere amerikanischen Gesprächspartner Mouser und Dunningan äußerten sich vorgestern bei einem Essen mit Moersch und mir sehr beunruhigt über den Senator aus Arizona. In der Botschaft fürchtet man offensichtlich Komplikationen in der Allianz, von den Auswirkungen einer Präsidentschaft Goldwaters auf die Ost-West-Beziehungen ganz zu schweigen. Besorgt waren die amerikanischen Diplomaten auch wegen der Entwicklung in der CDU/CSU; sie wurden hellwach, als Moersch berichtete, Dr. Krone werde die Aufsicht über den BND übernehmen⁶.

Der *Kölner Stadt-Anzeiger* möchte einen ständigen Korrespondenten nach Ost-Berlin schicken. Darüber ist bereits mit Mende gesprochen worden. Herr von König, der mich heute über diese Absichten unterrichtete, meinte, auch andere Zeitungen seien interessiert. Der *Stadt-Anzeiger* denke sogar daran, weitere Mitarbeiter in größeren Städten der Zone einzusetzen. Pressefunktionäre in Ost-Berlin sollen bereits Bereitschaft zum Entgegenkommen signalisiert haben. Allerdings bestünden auf unserer Seite, vor allem beim Bundespresseamt, Bedenken, weil damit angeblich Korrespondenten von West-Berlin abgezogen würden und eine Aufwertung des Sowjetzonen-Regimes erfolgen könne. Ich habe Mende sofort über die Wünsche von Königs bzw. seiner Zeitung informiert und dabei die Abwegigkeit der BPA-Argumentation betont.

Mittwoch, den 22. Juli 1964

Mein gestriger Artikel zum Europa-Streit in den Unionsparteien hat einen beträchtlichen Pressewirbel ausgelöst. Insbesondere die Vermutung, daß man am Montag beim neuerlichen Friedensgespräch zwischen den „Gaulisten“ und den „Atlantikern“ der Union im Palais Schaumburg die tiefgreifenden Gegensätze nur wieder unter den Teppich gekehrt habe, hat die CDU/CSU erzürnt. Rasners Retourkutsche fiel allerdings wenig überzeugend aus⁷. Heute beschäftigte sich auch das Kabinett mit dem Kommentar. Wie Moersch mir berichtete, soll Mende dort seine Kabinettskollegen von der CDU/CSU mit dem Hinweis beschwichtigt haben, es handle sich ja um einen Namensartikel, außerdem werde die FDP im CDU-Pressedienst oft noch viel schärfer attackiert.

Vor dem Hintergrund dieser Europa-Diskussion ist eine Nachricht in-

Fortsetzung Fußnote von Seite 213

immer wieder bereiterklärt hatte, notfalls auch atomare Waffen gegen die Sowjetunion einzusetzen.

⁶ Erhard hatte Krone am 24.6. den Vorsitz im Bundesverteidigungsrat übertragen (ADG, S. 11 288), Krone war damit nicht der BND unterstellt worden, wie Moersch behauptete.

⁷ Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Rasner, warf lt. *Kölnische Rundschau* vom 22.7. der FDP „Gehässigkeit“ vor und erklärte: Es ist bekannt, daß es in der FDP ein einheitliches außenpolitisches Konzept zu keinem Zeitpunkt gegeben hat und auch zur Stunde nicht gibt.

teressant, die Friderichs am Montag aus mir unbekannten Quellen kolporierte: noch vor Jahresende soll Schröder von seinem Amt als Außenminister zurücktreten und so ein Come back des (kranken) Brentano auf diesen Platz ermöglichen. Aber vielleicht ist das nur eine Ausgeburt der gegenwärtigen Hitzewelle in Deutschland.

Montag, den 27. Juli 1964

Tage des Abschieds. Am vergangenen Donnerstag gab Moersch einen „Abschiedskaffee“ für die Pressestelle. Er geht zunächst in Urlaub, anschließend für 6 Wochen in die USA und rückt dann vermutlich als Nachfolger von Margulies in den Bundestag ein⁸. Heute verabschiedete Mende offiziell fünf Kollegen der Bundesgeschäftsstelle, die allerdings schon seit Wochen oder sogar Monaten eine neue Tätigkeit aufgenommen haben.

Morgens im „Team“ plauderte Mende einige Berlin-Internas aus: Im Herbst soll der Berliner Senat umgebildet werden. Die CDU tritt in die Regierung ein, die FDP müsse zwei Senatoren an die Union abgeben. Albrecht werde Regierender Bürgermeister, Schwedler Bürgermeister und Brandt gehe nach Bonn. Berlin sei als Muster für 1965 vorgesehen: für die Große Koalition. – Wenn das man alles stimmt.

Inzwischen hat de Gaulle in der letzten Woche auf einer Pressekonferenz letzte Illusionen über seine Politik zerstört. Er stellt uns brutal vor die Wahl: „Frankreich oder USA“. Glücklicherweise hat die Bundesregierung diesmal solche Ansinnen sehr bestimmt zurückgewiesen.

Donnerstag, den 30. Juli 1964

Mit knapper Not entging Erhard gestern im Bundestag einer Abstimmungsniederlage. Das Parlament, durch *Bild*-Schlagzeilen aus dem Urlaub ins stickig-heiße Bonn zurückgeholt, ließ Ludwig den Guten und sein Kabinett fast über eine Lappalie stolpern: über die Frage nämlich, ob die Telefongebühren – wie vom Kabinett beschlossen – zum 1. August erhöht werden sollen oder nicht. So wird jetzt in Bonn Politik gemacht⁹.

Initiator dieses Spektakels war die SPD, die – dem Alarmruf des Groschenblattes folgend – eine Sondersitzung des Bundestages erzwungen hatte. Unsere FDP, wie üblich wenig nervenstark, fiel trotz Mendes Rücktrittsdrohung in der vorangegangenen Fraktionssitzung im Plenum

⁸ Margulies ging als Hoher Kommissar zu Euratom nach Brüssel.

⁹ Mit einer Mehrheit von genau sieben Stimmen (201:194) wurde am 29.7. im Bundestag ein FDP-Antrag, die zum 1.8. verfügte Erhöhung der Telefon- und Fernschreibgebühren bis spätestens zum 31.12.1964 aufzuschieben, an die zuständigen Ausschüsse überwiesen und damit unwirksam gemacht. Am 24.7. hatte *Bild*, das schon Tage vorher die Stimmung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gegen den Kabinettsbeschluß angeheizt hatte, mit der Schlagzeile „Holt den Bundestag aus dem Urlaub!“ die SPD veranlaßt, beim Parlamentspräsidenten Gerstenmeier eine Sondersitzung des Parlaments zu beantragen.

prompt auseinander, in eine „Minister- und eine Oppositionspartei“, wie die *Frankfurter Neue Presse* heute ironisch feststellte. Diesmal aber war der Ministerflügel m. E. völlig im Recht, wenn er zusammen mit dem Koalitionspartner – am ursprünglichen Kabinettsbeschuß festhielt. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Thema eine Sondersitzung der Volksvertretung keineswegs wert ist. Was Mende dazu vor der Fraktion erklärte, war vernünftig¹⁰.

Donnerstag, den 6. August 1964

Die USA haben gestern auf einen Zwischenfall im Golf von Tonkin mit massiven Luftangriffen auf Nordvietnam reagiert. Diese Reaktion macht eine beunruhigende Zwangslage deutlich, in der sich Washingtons Südostasienpolitik befindet. Die Amerikaner haben ihr außenpolitisches Prestige in diesem Raum so gänzlich mit dem Regime in Südvietnam verbunden, daß jedes Zurückweichen einer Niederlage gleichkäme. Schlimm auch, daß die USA offenbar nur militärische, aber keine politischen Lösungen der komplizierten Probleme Südostasiens vorbereitet haben.

Auffallend war die Zurückhaltung, die Dimitrijew bei unserem heutigen Gespräch in dieser Sache an den Tag legte. Es fiel kein kritisches Wort gegen die USA, ja er stimmte sogar meiner Ansicht zu, daß es Pekings Absicht sein könnte, Moskau und Washington gegeneinander zu hetzen.

Mit Aufmerksamkeit scheint man indessen in Rolandseck die Wiedereröffnung des rotchinesischen Nachrichtenbüros in Bonn registriert zu haben. Man habe dort den Eindruck – so Dimitrijew –, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen rasche Fortschritte machten. Ich berichtete über den gestrigen Besuch der beiden Herren von Hsinhua bei mir, bei dem es allerdings nur zu einem rein informativen Gespräch über die FDP gekommen ist. Dazu bemerkte D., (etwas pikiert), bisher hätten die Herren mit den Sowjets noch keinen Kontakt aufgenommen.

¹⁰ Mende machte die Fraktion darauf aufmerksam, daß der Bundestag seit 1949 erst zweimal zu einer Sondersitzung aus den Ferien zurückgerufen worden sei: Anläßlich der „Verschleppung“ des Bundesverfassungsschutzpräsidenten John nach Ostberlin im Juli 1954 und am 18.8.1961 nach dem Bau der Berliner Mauer. Jetzt finde eine solche Sitzung zum dritten Male wegen einer „unbedeutenden Frage“ und nicht etwa wegen der „Europakrise“ statt. „Das wird dem Ansehen des Bundestages im Ausland nicht dienen.“ Vielleicht werde nun eine nächste Sondersitzung wegen der „Erhöhung des Bierpreises oder der Käsepräferenzen“ stattfinden. Man solle berücksichtigen, daß die FDP eine Koalitionspartei sei und die fünf FDP-Minister sich für die Erhöhung ausgesprochen hätten. Dazu Zoglmann: „Ich kann der Argumentation Mendes nicht folgen, daß es sich hier um eine von der *Bild-Zeitung* hochgeputzte Sache handelt. Es ist eine hochpolitische Sache! Hier wird der halbe Kommunalwahlkampf entschieden!“ (Beifall). Gegen 14 Stimmen sprach sich die Fraktion schließlich für eine Aussetzung der Gebührenerhöhung aus.

Fast acht Jahre nach der FDP wird nun auch die SPD ihr Ostbüro auflösen. Die Berliner Mauer habe die Wirkungsmöglichkeiten dieses Büros erheblich eingeschränkt. Ostbüro-Leiter Thomas will ein wissenschaftliches Institut für Osteuropa-Forschung gründen¹¹.

Donnerstag, den 13. August 1964

Drei Jahre nach dem Mauerbau. Viele Erklärungen im alten Stil zum Jahrestag, Stereotypes, Deklamationen und Demonstrationen. Dennoch hat sich seitdem viel verändert, hüben wie drüben. Einiges kam in Bewegung, was uns hoffen läßt. Doch eine solche Hoffnung auszusprechen, ist für Springer-Redakteure offenbar noch immer schlimmste Häresie. Bei denen bin ich jedenfalls mit meinem Jahrestag-Artikel ganz schön ins Fettnäpfchen getreten¹².

Donnerstag, den 27. August 1964

Eugendorf

Eine böse Urlaubsüberraschung: Meine Denkschrift von 1962 wird am Montag von der *Quick* veröffentlicht werden. Als wir uns am Nachmittag in unserem Bungalow ein wenig hingelegt hatten, überbrachte ein Telegramm-Bote den Wunsch Moerschs, ihn sofort in Bonn anzurufen. M. teilte mir bekümmert mit, er habe den Auftrag, die Distanzierung der FDP von dieser Denkschrift bekanntzugeben. Ich erklärte mich einverstanden, um so eine Pressekampagne gegen die Partei abzublocken.

Freitag, den 28. August 1964

Eugendorf

Nach 27 Jahren ein Wiedersehen mit dem Untersberg, dessen deutschen Teil wir Kinder im Sommer 1937 mit Mutter von Stangass bei Berchtesgaden aus erstiegen. Wir waren nicht ganz bei der Sache: ich drängte nach kurzer Pause zur Rückfahrt nach S., um dort inzwischen aus Deutschland eingetroffene Zeitungen zu kaufen. Sie berichten alle über einen angebli-

¹¹ Mit dem 1. 11. 1956 war das Ostbüro der FDP in ein „Referat Wiedervereinigung“ umgewandelt worden. Damit war die Propagandatätigkeit des Büros in das Gebiet der DDR hinein praktisch beendet..

¹² W. Schollwer: „Drei Jahre danach – Gedanken zum 13. August“ – in fdk 15/64 vom 11. 8. 1964. – Die *Berliner Morgenpost* (Lothar Tönshoff) schrieb am 12. 8. unter der Überschrift „Frei von jeder Logik“: „jetzt wissen wir es also ganz genau: Der Bau der KZ-Mauer hat den Menschen auch neue Hoffnungen gegeben. Diese Ungeheuerlichkeit steht nicht etwa in einem SED-Blatt, nein, zu dieser Erkenntnis kam gestern der Pressedienst der FDP in Bonn“. Im Kommentar war behauptet worden, daß der Mauerbau das Ansehen des Kommunismus in der Welt gemindert und für Moskau Veranlassung gegeben habe, „nach Vereinbarungen mit dem Westen zu streben, die die Einmauerung der mitteldeutschen Bevölkerung eines Tages überflüssig machen können ... Hier vor allem liegen die neuen realen Hoffnungen für die Deutschen beiderseits des Brandenburger Tores.“

chen Geheimplan der FDP und nennen zumeist auch den Namen des Verfassers. Natürlich fehlt auch nicht die „Distanzierung“ („Private Ausarbeitung“), von der *Quick*-Redaktion sogleich zurückgewiesen¹³. Die Illustrierte hat natürlich recht. Bei Rückkehr nach Eugendorf an der Tür des Bungslovs ein Telegramm: diesmal bat Marx um Anruf. Er berichtete mir über Mendes heutige Pressekonferenz, auf der der Vorsitzende die Diskussion der Denkschrift in der FDP bagatellierte und Zoglmann zur Lüge Zuflucht suchte¹⁴. Inzwischen wurde die Bundesgeschäftsstelle angewiesen, nach dem Informanten der *Quick* zu fahnden. Marx fragte nach einer Liste der Personen, die seinerzeit das Papier erhalten haben. Aber eine solche Liste existierte nicht.

Samstag, den 29. August 1964
Eugendorf

Mendes gestrige Pressekonferenz¹⁵ ist heute eines der Hauptthemen in den deutschen Zeitungen¹⁶. Fleißig zitiert werden Zoglmanns Auslassungen. Verdrießlich auch, was der *Merkur* über eine angebliche Moersch-Äußerung zu berichten weiß: ich hätte ihn aus dem Urlaub zu der Erklärung ermächtigt, der Verfasser hielte die Voraussetzungen, die ihn seinerzeit zur Abfassung der Denkschrift bewogen hätten, heute nicht mehr für gegeben. Ich schickte Moersch eine Richtigstellung.

¹³ „Weder Denkschrift noch Plan der FDP – Die Veröffentlichung in der ‚Quick‘“ – in fdk Nr. 125/64 (T) vom 27. 8. 1964. Darin erklärt Moersch: es handele sich „um die private Ausarbeitung eines Mitarbeiters, die vor zwei Jahren in einem kleinen Kreis von FDP-Politikern erörtert und verworfen worden ist. Weder der Bundesvorstand noch die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten sind jemals mit dieser Studie befaßt gewesen“. – Lt. *Münchener Merkur* vom 28. 8. behauptete „Quick“ dagegen, daß die Hauptthesen der „Denkschrift“ von führenden Außenpolitikern der FDP diskutiert worden seien. Dabei stütze sich die Illustrierte auf eine „Vorbermerkung“ des Verf. zur Denkschrift, in der es hieß: die Denkschrift sei „am 9. 4. 1962 auf einer Klausurtagung des Vorstandes der FDP-Bundestagsfraktion in Bonn vorgetragen und diskutiert worden.“ Die Mitglieder des Außenpolitischen Arbeitskreises der FDP, soweit sie der Bundestagsfraktion angehörten, seien „am 14. Mai d.J. über den Inhalt dieser Gedankenskizze unterrichtet“ worden.

¹⁴ Auf die Frage der Korrespondentin von NBC, ob „Herr Schollwer das geschrieben hatte, was viele Leute um ihn herum redeten“, meinte Zoglmann, diese Frage sei „natürlich naheliegend“ ... „Aber Sie haben ja vorher gehört, daß gesagt worden ist, diese Schrift wurde vorgelegt, kurz erörtert und verworfen, und man empfand sie als so bedeutungslos, daß sie nicht einmal dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden nachher vorgelegt worden ist ... Wenn Sie meine Meinung dazu wissen wollen, würde ich sagen: Dieses Papier, das ich heute erst in die Hände bekam, halte ich für so abstrus, daß ich es für sehr zweckmäßig fand, es wieder einzusammeln und irgendwo ad acta zu legen.“

¹⁵ Außer der Schollwer-Denkschrift waren die deutsch-deutschen Beziehungen (v. a. die Treuhandstelle) Gegenstand von Mendes Pressekonferenz.

¹⁶ Mende: „Alles halb so schlimm“ (*Bild*), „Mende räumt Mißverständnisse aus“ (*Stuttgarter Zeitung*), „Kein Geheimdokument“ (*Kölnische Rundschau*), „Geheimdenkschrift‘ gegenstandslos“ (*Der Tagesspiegel*) usw.

Montag, den 31. August 1964

Eugendorf

Gestern teilte ich Marx brieflich meine Stellungnahme zur *Quick*-Affäre mit, Veröffentlichung ist anheimgestellt. M., mit dem ich heute von Salzburg aus telefonierte, empfahl jedoch, mich zur Sache nicht öffentlich zu äußern; die Angelegenheit werde besser „intern“ geregelt. Ein ausführlicher Brief, der bereits an mich unterwegs sei, wurde angekündigt.

Inzwischen geht der Streit zwischen den Koalitionsparteien um eine Koordinierung innerdeutscher Kontakte weiter. Auch zwischen Mende und Weyer bestehen hier offenbar erhebliche Meinungsverschiedenheiten¹⁷. Die *Welt am Sonntag* kündigte gestern neue Richtungskämpfe in der FDP an. Für dieses Springer-Blatt gehören mein Deutschlandplan und das Projekt eines Amtes „für gesamtdeutsche Beziehungen“ in eine Schublade: „Extreme Auffassungen“ ...

Mittwoch, den 2. September 1964

Eugendorf

Die Post brachte zwei Briefe: der angekündigte von Marx und ein Schreiben von Potthoff, DJD-Bundesgeschäftsstelle. M. berichtet farbig und sarkastisch über den Wirbel, den der *Quick*-Vorbericht in Bonn, vor allem aber bei der FDP auslöste. Auch eine Erläuterung für die überraschende Moersch-Erklärung – eine gutgemeinte, aber etwas unglückliche Abwehrreaktion des Pressechefs. Bemerkenswert fair scheint sich Mischnick verhalten zu haben. Auch was Marx über andere Prominente und Kollegen schrieb, ist erfreulich. Am erfreulichsten das, was Kollege Marx selbst zu dieser Sache meint¹⁸.

Potthoff meldete die Absicht des *Sonntagsblattes*, in der kommenden Woche über mich und mein Papier in negativer Weise zu berichten. Der betr. Redakteur sei aber bereit, mich zuvor selbst zu hören. Da ich mich der Parteileitung gegenüber verpflichtet habe, keine Stellungnahme in eigener Sache abzugeben, wird daraus nichts werden¹⁹.

¹⁷ Hierbei ging es um die Treuhandstelle. Während Mende einen FDP-Bundesvorstandsbeschuß vom 10.4. dahingehend interpretierte, daß die politische Verantwortung hierfür beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen liegen sollte, war Weyer der Auffassung, es solle ein spezielles Amt zur Koordinierung innerdeutscher Kontakte eingerichtet werden.

¹⁸ Marx: „Nach Rapacki-, Herter- und anderen Plänen gibt es jetzt einen Schollwer-Plan. Ich wiederhole es Ihnen: Ich bin überzeugt, es wird Ihnen nicht schaden. Und das wünsche ich Ihnen von Herzen!“

¹⁹ Schollwer am 2.9.1964 in Schreiben an Potthoff: „Ich bin mit der Parteileitung übereingekommen, vor meiner Rückkehr aus dem Urlaub (14.9.) keinerlei Erklärungen oder Meinungsäußerungen zu dem Quick-Bericht abzugeben ... Es ist ohnehin unmöglich, den wahren Sachverhalt darzustellen, solange ich noch Angestellter der FDP bin“.

Montag, den 14. September 1964

Zurück im Bonner Talweg. Das für mich aufbewahrte Pressematerial gibt interessante Aufschlüsse. Positiv zur Studie äußerten sich aus der FDP nur Flach und indirekt auch Moersch. Während sich Mende bisher relativ zurückhielt, jedenfalls mich persönlich nicht attackierte, haben sich Zoglmann und auch Hucklenbroich von mir distanziert. Andere Parteifreunde sind erst einmal in volle Deckung gegangen²⁰.

Erfreulich viele Journalisten nahmen für mich Partei. Natürlich überwiegen – rein zahlenmäßig – die Kritiker.

Als ich heute morgen im „Team“ berichtete, daß Zoglmann an der Klausursitzung teilgenommen habe, auf der ich meine Denkschrift vortrug, schlug Genscher vor, ich solle einen entsprechenden Brief an Z. richten, der sei schon mehrfach bei einer Lüge ertappt worden.

Mittwoch, den 16. September 1964

Am Vormittag ein langes Gespräch mit Friderichs, der meine Denkschrift und ihre Zukunft positiv beurteilt. Dabei kam es zu einer erneuten Aussprache über die Moersch-Nachfolge. Wir stimmten in der Beurteilung der Probleme vollkommen überein. Dennoch soll der Versuch gemacht werden, eine Lösung zu finden, die mir die Übernahme der Leitung der Pressestelle doch noch gestatten könnte.

Gestern, bei einem Essen, das ich zusammen mit Genscher, Mouser und Dunningan auf der Godesburg hatte, gingen die Amerikaner kurioserweise davon aus, daß – ausgerechnet – Dehler mit einer Denkschrift sympathisiere. G. und ich haben den Irrtum sogleich aufgeklärt.

Freitag, den 18. September 1963

Den Abschluß eines langfristigen (1 Jahr) und technisch verbesserten Passierscheinabkommens kündigte Mende gestern morgen vor dem Bundesvorstand an. Dabei sei eine „gemischte Präsenz“ von 50:50 in den Aus-

²⁰ Wolfgang Mischnick verteidigte am 12.9. in Essen „jeden, der sich ernsthaft Gedanken darüber macht, wie man die deutsche Frage lösen kann, ohne dabei in den ortsüblichen ausgefahrenen Gleisen zu bleiben.“ Auch der hessische FDP-Landesvorsitzende Heinrich Kohl wandte sich gegen die Reaktion der CSU auf die Veröffentlichung der Denkschrift. Die FDP werde sich das Recht nicht nehmen lassen, alle politischen Möglichkeiten in der Theorie durchzuspielen. Ähnlich äußerte sich auch Mende am 12.9. auf dem Berliner FDP-Parteitag, wenn er nach Darlegung der noch immer verbindlichen Grundlagen der FDP-Deutschlandpolitik erklärte: „das soll aber nicht heißen, daß bei uns etwa das Denken verboten wäre. Eine liberale Partei lebt davon, daß in ihr ein ständiger Prozeß geistiger Auseinandersetzung vorstatten geht. Sonst wäre sie keine liberale Partei.“

Dagegen distanzierte sich Willy Weyer in einem Interview mit der *Quick* mit großer Entschiedenheit von der Schollwerschen Studie. Weyer: „Ich bin ein entschiedener Gegner dieser Denkschrift.“

gabestellen vorgesehen. Die FDP-Minister würden sich für die Annahme der neuen Regelung einsetzen²¹.

Zum Streit über die Kontaktstelle sprach Mende Verdächtigungen aus: Rubin (nicht anwesend) habe gute Verbindungen zu Flach. So erkläre sich vielleicht die Tatsache, daß die Karlsruher Beschlüsse der FDP vier Monate darauf in der *FR* in allen Einzelheiten erörtert worden seien.

Zur *Quick*-Veröffentlichung meinte M., sie sei von der CSU in München „gesteuert“, vielleicht gebe es auch eine „Nachlässigkeit“ in der Bundesgeschäftsstelle. Kohl meinte daraufhin, diese Aussage Mendes „beruhige“ ihn. Er gehe nun davon aus, „daß Schollwer nichts dazu getan hat, die Sache durchlässig zu machen.“ Man solle weitere Meinungsäußerungen zu diesem Thema „streng unter Verschuß halten“.

Zoglmann meldete Zweifel an, daß ein neues Passierscheinabkommen tatsächlich unterschrieben werde. Die CSU habe bereits eine „massive Gegenposition“ aufgebaut, und Erhard soll am Mittwochabend erklärt haben, er könne nicht unterschreiben, weil dann Chruschtschow sagen würde, „die Dinge liefen“. Zoglmann: Dieser Mann sei „vollkommen unmöglich.“ Die FDP müsse „massiv vom Leder ziehen.“

Während Mende erneut versicherte, fest überzeugt zu sein, daß sich eine Kabinettsmehrheit für das neue Passierscheinabkommen aussprechen werde, stellte Weyer die unbeantwortete Frage, ob die Fraktion bereit sei, gegebenenfalls mit der SPD zusammen gegen eine negative Kabinettsentscheidung zu stimmen. Mende blieb auch noch bei seiner optimistischen Prognose, als Genscher und Bucher eine Zustimmung des Kabinetts bezweifelten und voraussagten, man werde lediglich beschließen, weiterzuverhandeln.

Mendes Kompetenzen (oder Nichtkompetenzen) bei der Koordinierung der Kontakte war ein weiteres Thema der Vorstandssitzung. Weyer zeigte sich mit dem bisher Erreichten unzufrieden, Starke riet dagegen davon ab, auf der Bildung eines entsprechenden Amtes zu bestehen – es gehe um die „geistige Koordinierung“²².

Freitag, den 25. September 1964

Am Mittwoch billigte das Kabinett die neuen Passierscheinvereinbarungen, gestern wurde in Berlin das Protokoll des Abkommens unterzeichnet.

²¹ Am 24.9. wurde in Berlin ein Protokoll nebst Durchführungsbestimmungen über ein Passierscheinabkommen mit einer Gültigkeitsdauer von 12 Monaten von Wendt und Korber unterzeichnet. In den Passierscheinstellen wurden – wie es Mende bereits angekündigt hatte – eine gleiche Anzahl von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aus beiden Teilen Berlins tätig.

²² In der Kabinettsitzung vom 9.9. war festgelegt worden, daß Mende künftig von allen zuständigen Ressorts rechtzeitig unterrichtet und eingeschaltet werden sollte, wenn Fragen der innerdeutschen Kontakte aufgeworfen würden. Erhard behielt sich jedoch vor, die notwendige Koordinierung dieser Angelegenheiten selbst vorzunehmen.

Damit ist eine ernste Belastungsprobe für die Koalition erst einmal vorüber; doch die Frage nach Form, Inhalt und Ausmaß innerdeutscher Kontakte für die Bundesrepublik noch keineswegs beantwortet. Das wurde vorgestern durch die Erklärung des Sprechers der Bundesregierung erneut deutlich: die Christdemokraten weigern sich beharrlich, neben der humanitären auch die positive politische Bedeutung solcher Vereinbarungen für das geteilte Deutschland zu erkennen. Solange sie auf dem Standpunkt stehen, daß Verhandlungen über eine Wiederherstellung der Freizügigkeit etwa in Berlin allenfalls aus humanitären Gründen zu rechtfertigen sei, wird es in Bonn eine gemeinsame Deutschlandpolitik nicht geben können.

Am Montag starb in Berlin Otto Grotewohl. Der DDR-Ministerrat hatte drei Tage „Staatstrauer“ verordnet. G. ist 70 Jahre alt geworden. Sein Beitrag zur Sowjetisierung Mitteldeutschlands bleibt unvergessen. Die LDP will „in seinem Geiste weiter für Frieden und Sozialismus“ marschieren. So Max Suhrbier, der vor Jahren einmal ein liberaler Demokrat gewesen ist.

Montag, den 28. September 1964

Die Kommunalwahlen vom Sonntag in NRW brachten der SPD einen großen Wahlerfolg, der CDU und vor allem uns herbe Stimmenverluste. Mende führte heute morgen im Team das schlechte Abschneiden der FDP auf die Kontaktfreudigkeit der Partei in Richtung Osten zurück. Warum aber hat dann die CDU ebenfalls Haare lassen müssen? Der *General-Anzeiger* hat da eine andere Erklärung: Die Wähler verstünden offenbar nicht recht, worauf eine Partei hinauswolle, „die zugleich regieren und opponieren möchte“. Meine Version ganz ähnlich: Unsere Bürger haben kein Verständnis für die in jeder Koalition notwendige Auseinandersetzung um den richtigen Weg in den Einzelfragen.

Am vergangenen Donnerstag hat sich Gerlach in der Volkskammer ausführlich mit der Lage in der FDP beschäftigt. Dabei ging G. auch auf meine Denkschrift ein, die er aber nur in ihren an die Bundesrepublik gerichteten Forderungen zitiert, den erwünschten Beitrag der DDR jedoch auf meine Forderung nach Liberalisierung und „Aufhebung der Sicherung der Staatsgrenze“ („Beseitigung der Mauer“ hieß es im Original!) beschränkte. Gerlach vermutet, daß der Verfasser der Denkschrift das Leben in der DDR nicht kenne (da irrt er sich) und lädt ein, es zu „studieren“. Das tue ich, wenn ich die Zeit vor der Gründung der DDR hinzurechne, nun schon seit 19 Jahren in Theorie und Praxis.

Freitag, den 2. Oktober 1964

Am Dienstag verabschiedete sich Moersch als FDP-Pressechef mit einer Weinprobe von den Bonner Journalisten. Eine Entscheidung über die

Nachfolge ist bisher noch nicht getroffen, meine Bedenken gegen Übernahme dieses Postens haben sich nicht vermindert.

Bei der Zusammenstellung der neuesten Ausgabe unseres Spiegels der Auslandspresse wurde noch einmal deutlich, daß sich die Kritiker meiner Denkschrift bisher in keinem einzigen Falle sachlich und detailliert mit meinen Argumenten und Vorschlägen auseinandergesetzt haben. Pauschalurteile und Polemik herrschen vor, bestenfalls beschränkt man sich auf Zitierung entsprechender Stellungnahmen aus dem Parteien- und Regierungslager. So würgt man eine Diskussion ab, bevor sie noch richtig begonnen hat.

Sonntag, den 11. Oktober 1964

Auf der LDP-Beiratssitzung in Oppenheim an diesem Wochenende wurde Politik nicht allzu groß geschrieben. Die jüngsten Konflikte um die Deutschlandpolitik erörtere man nur ganz am Rande (meine Denkschrift „selbstverständlich“ überhaupt nicht). Aber auch die von Mischnick in seinem Bericht angeschnittenen Themen Passierscheine und Häftlingsentlassungen fanden bei den Parteifreunden relativ wenig Interesse. So stand denn im Mittelpunkt eine Entschließung, in der die Fraktion aufgefordert wird, verdienten und verarmten ehemaligen Politikern aus der DDR einen Ehrensold zu gewähren.

Freitag, den 16. Oktober 1964

Während die Bundesgeschäftsstelle am Freitag auf ihrem traditionellen jährlichen Betriebsausflug durchs Bergische Land reiste, Brauereien und Tropfsteinhöhlen besuchte, stürzte in Moskau der mächtigste Mann der Sowjetunion. Noch sind die Gründe und Hintergründe der überraschenden Ablösung Chruschtschows durch Breschnew und Kossygin unbekannt. Dennoch ist mit einem drastischen Kurswechsel in der sowjetischen Politik wohl kaum zu rechnen. Natürlich gibt es Spekulationen: z. B. die, daß Chruschtschows „weiche“ Haltung gegenüber dem Westen bzw. der Bundesrepublik Anlaß für diesen Wechsel in der Kremlführung gewesen sein könnte. Mir scheint das reichlich weit hergeholt, zumal Chruschtschows Deutschlandpolitik nicht gerade von Zurückhaltung gekennzeichnet war.

Am Montag war ich wieder einmal zu Bondes Stammtisch geladen. Ehrengast war Gradl. Man bat mich, über meine Denkschrift zu berichten. Dann wurde Gradl zur Deutschlandpolitik vernommen. Er wandte sich gegen meine Überlegungen, zugleich aber auch gegen kalte Krieger, die über die innerdeutschen Kontakte schimpften.

Montag, den 19. Oktober 1964

Pessimistisch äußerte sich unser Vorsitzender heute morgen im „Team“ zum Fortgang der Deutschlandpolitik und der deutsch-sowjetischen Beziehungen; M. glaubt, die Entwicklung laufe auf eine Festigung des Status quo hinaus. Nach Diskussionsbeiträgen von Genscher, Marx, Maurer und mir über Entwicklungstendenzen in der Ostpolitik und unseren Plädoyers für eine aktive Deutschlandpolitik schwenkte Mende um.

Mittags traf ich mich mit Dimitrijew. Er gab zu, auch die sowjetische Öffentlichkeit sei von dem Abgang Chruschtschows überrascht worden, obwohl dieser angeblich schon vor einem halben Jahr von seinem Rücktritt gesprochen haben soll. Mein sowjetischer Gesprächspartner bestritt nicht Chruschtschows Verdienste bei der Entstalinisierung oder der Entspannungspolitik; wollte sich jedoch nicht dazu äußern, warum man zwar in Warschau, Budapest und Ostberlin den gestürzten Regierungschef gewürdigt habe, nicht jedoch auch in Moskau. D. betonte, die bisherige Außenpolitik der UdSSR werde fortgesetzt, doch räumte er zugleich ein, daß neue Methoden nicht auszuschließen seien. Mit einer umfassenden Darlegung der Politik der neuen Männer im Kreml sei erstmals im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution zu rechnen.

Strauß hat in der neuesten Nummer seines *Bayern-Kurier* meinen MLF-Artikel zum Anlaß einer langen Polemik gegen die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Freien Demokraten gemacht. Offenbar hat der ostpolitische Aspekt meines Artikels den CSU-Vorsitzenden besonders erzürnt²³. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Kreitmeyers Reformideen zur Wehrpolitik und meine Deutschland-Denkschrift dem Feuer ewiger christsozialer Verdammnis übergeben²⁴.

Dienstag, den 20. Oktober 1964

Zu Beginn der heutigen Fraktionssitzung berichtete Zoglmann über ein Gespräch mit Erhard vor der Bundestagsdebatte am vergangenen Mittwoch. Man habe den Kanzler davon abbringen können, sich für eine Fristverlängerung in Sachen Aburteilung von NS-Verbrechen einzusetzen sowie den Wunsch Israels zu unterstützen, deutsche Wissenschaftler aus Ägypten abzuuberufen. Am Donnerstag habe man mit der sudetendeutschen Landsmannschaft konferiert. Zoglmann: „Ich möchte mir Einzelheiten über den Verlauf des Gesprächs ersparen.“ Die Herren der Landsmannschaft seien durch die „Aufgeschlossenheit der FDP“ sehr beeindruckt gewesen und hätten daraufhin hingewiesen, daß ihr Eindruck bei

²³ F. J. Strauß: „Unsere Außenpolitik und unsere Verteidigungspolitik stehen auf dem Spiel – Sicherheit und Gleichberechtigung der Bundesrepublik durch Pläne der FDP in Frage gestellt“ – in *Bayern-Kurier* Nr. 42 vom 17. 10. 1964.

²⁴ Kreitmeyer hatte eine milizartige, leicht bewaffnete Bundeswehr auf der Grundlage eines Wehrdienstes von sechs Monaten vorgeschlagen.

CDU und SPD nicht so positiv gewesen sei (!). Die Landsmannschaft werde die am Montag veröffentlichte gemeinsame Erklärung²⁵ an ihre Mitglieder verteilen. Man habe Mühe gehabt, Erhard am Freitag zu einer ähnlichen Erklärung zu bewegen. Der wollte – laut Zoglmann – angeblich schon auf die Sudeten – ja sogar auf die Oder-Neiße-Gebiete verzichten.

Mittwoch, den 28. Oktober 1964

Es steht nicht gut um die deutsch-französische Zusammenarbeit. Der jüngste Besuch Staatssekretär Carstens in Paris hat das trotz der üblichen regierungsamtlichen Camouflage erneut deutlich gemacht. Es mangelt zwischen Paris und Bonn an Realismus und Ehrlichkeit. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, hält die Bundesregierung an ihrer optimistischen Einschätzung der Dinge fest und konstatiert – zur Verblüffung Pariser Regierungskreise – eine gewisse „Auflockerung“. Mein gestriger fdk-Artikel dazu ist heute vom *Münchener Merkur* breit und zustimmend zitiert worden, doch konnte es sich das CSU-freundliche Blatt erwartungsgemäß nicht verkneifen, kommentierend noch einen Seitenhieb auf die FDP hinzuzufügen²⁶.

Am Montag war Weyer Ehrengast beim Berliner Journalisten-Stammtisch. Er behauptete glaubhaft, um nichts in der Welt von Düsseldorf nach Bonn gehen zu wollen²⁷. W. sagte einen Wahlsieg der CDU für 1965 voraus, möglicherweise sogar mit absoluter Mehrheit.

Der Bundesvorstand war heute nachmittag bemüht, den Ausgang der Kommunalwahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und an der Saar²⁸ trotz allem in einem möglichst rosigen Licht erscheinen zu lassen. Friderichs nüchterner Bericht wurde vielfach „korigiert“, an entschuldigenden Erklärungen für diese Resultate fehlte es nicht. Nur Holl tanzte aus der Reihe: er wies auf die Abwanderung unserer Wähler zur SPD und die vernichtende Niederlage der FDP in vielen Großstädten hin. Mende faßte zu-

²⁵ „Pressemitteilung“ – in fdk Nr. 172/64 (T) vom 19.10.1964. In der gemeinsamen Sieben-Punkte-Erklärung führender Freier Demokraten sowie der Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Sudetendeutschen Rates bekräftigten beide Seiten u. a. das Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht der Sudetendeutschen sowie den Standpunkt, daß „auch die sudetendeutsche Frage ... nur im Zuge der allgemeinen Friedensregelung endgültig gelöst werden“ könne. An diesem Gespräch nahmen seitens der FDP teil: Mende, Weyer, Zoglmann, Schultz, Emde, Achenbach, Ertl, Menne und Schneider.

²⁶ *Münchener Merkur* Nr. 259 vom 28. 10. 1964: dort wird behauptet, „daß es gerade die Liberalen sind, die aus purer Wahlspekulation dem Agrar-Protektionismus das Wort reden und damit eine sinnvolle Lösung des Getreidepreisproblems nicht eben erleichtern.“

²⁷ Weyer wurde in der Presse immer wieder als Nachfolger Mendes im Amt des FDP-Bundesvorsitzenden genannt.

²⁸ Bei den Kommunalwahlen am 24. 10. in den drei genannten Bundesländern erzielte die SPD starke Stimmengewinne zu Lasten der CDU und der FDP. Die FDP verlor in Rheinland-Pfalz 2,3, im Saarland sogar 3,9 ihrer Stimmen.

sammen: Ein außerordentlicher Stimmenzuwachs bei der SPD zeige: diese Partei ist nicht mehr der Bürgerschreck. Vor allem die akademische Jugend wähle weitgehend Sozialdemokraten. Seit 1961 habe die FDP ein Drittel ihrer Wähler verloren (im September lagen wir lt. Allensbach bei 7 Prozent!). Geschadet habe uns der Krach, der im August die Schlagzeilen beherrschte: „Weyer gegen Mende, Mende gegen Weyer etc.“.

Zu den Vorgängen in Moskau meinte der Vorsitzende, weitere Veränderungen in der sowjetischen Führungsspitze seien möglich: Dobrynin, Smirnow, Gromyko und Malinowski würden vielleicht noch abberufen. Trotzdem müsse man die Bemühungen um bessere Beziehungen zur UdSSR fortsetzen. Der Kanzler habe ihn (Mende) ausdrücklich gebeten, am 6. November zum Empfang der sowjetischen Botschaft zu gehen.

Hamm-Brücher und Stritzek berichteten über ihre Erfahrungen mit der deutschen Botschaft in Moskau, sie waren überwiegend negativ. Starke hatte mal wieder seinen pessimistischen Tag: Wir könnten Erhard nicht mehr als den Mann betrachten, der die Währung stabil erhalte; wir müßten uns darum vom Kanzler distanzieren. Im übrigen sagte Starke voraus, daß sich in den nächsten Wochen die Koalitionsfrage stellen werde.

Vor Beginn der Sitzung teilte mir Mende mit, Botschafter Rahn habe sich über meinen gestrigen fdk-Artikel entrüstet und verlangt, vor Abfassung wichtiger außenpolitischer Kommentare mit einem Mitglied des Außenpolitischen Arbeitskreises Rücksprache zu nehmen²⁹. Dann dürfte wohl kein für die Öffentlichkeit interessanter Beitrag mehr erscheinen. Mende ließ glücklicherweise offen, ob er sich mit dem Petitum Rahns identifiziert.

Dienstag, den 3. November 1964

Zu Beginn der heutigen Fraktionssitzung berichtete Zoglmann über das am gleichen Tage stattgefundene Europa-Gespräch der Koalition. Ergebnis: Morgen will die Bundesregierung bei den 5 EWG-Staaten mit einem Zwei-Phasen-Plan initiativ werden. 1. Phase: Konsultationen, zweite Phase: Beratung zur Vorbereitung der europäischen politischen Zusammenarbeit. Es gebe sehr detaillierte Vorstellungen über Wirtschaftsfragen, zu denen man noch nicht Stellung nehmen könne. Zoglmann: „Wir betrachten das als eine Information“. Gegen die zweite Phase habe Starke eine Reihe von Bedenken. Auch sei ein Entgegenkommen der Franzosen nicht sehr wahrscheinlich.

Gestern morgen kam es im Team zu einer Diskussion über Machtkonzentrationen in der deutschen Presse (Axel Springer). Mende regte an, daß Bökel in der nächsten Ausgabe seines Informationsdienstes einen ersten Warnschuß in Richtung Hamburg abfeuert.

²⁹ Es handelte sich um den Artikel „Pariser Kreditpolitik – Konsequenzen auch für Bonn?“ – in fdk 15/87 vom 29.10.1964.

Noch etwas Erfreuliches: Am Montag sind zum ersten Male seit Errichtung der Mauer Besucher aus Mitteldeutschland in der Bundesrepublik eingetroffen. Künftig werden wohl Hunderttausende, wenn nicht Millionen alter Menschen von drüben ihre Angehörigen im Westen besuchen können. Sichtbarer Erfolg einer aktiven Deutschlandpolitik, wie sie unter maßgeblicher Beteiligung der FDP von dieser Koalitionsregierung eingeleitet wurde³⁰.

Dienstag, den 10. November 1964

Am Samstag, bei der Fahrt nach Würzburg, hatte mir Miessner, den ich zufällig im Zug traf, über die schlechte Stimmung in der Fraktion berichtet. Es fehle an jeder klaren Führung, es herrsche eine allgemeine Zerkahrenheit und Resignation. Da ich derartige Klagen auch schon von anderer Seite vernommen hatte, wies ich Mende gestern morgen im Team auf diesen Zustand hin. Ich ergänzte diesen Hinweis durch Bemerkungen über die Gefahren, die m. E. der deutschen Außen- und Europa-Politik durch die deutschen Gaullisten drohen. Der Vorsitzende und einige meiner Kollegen stimmten meiner Lagebeurteilung zu.

Nach meinem Vortrag vor der Parteischule in Rengsdorf, der diesmal recht zwiespältig aufgenommen wurde (z. T. Empörung über meine Darstellung der „Realitäten“), am Abend beim Fraktionsempfang für 50 Mitglieder der Bundespressekonferenz. Dort teilte mir Schwakenberg sein Interesse an der Übernahme der noch vakanten Position des FDP-Pressechefs mit.

Donnerstag, den 12. November 1964

Auf einer kurzen Sondersitzung der Fraktion berichteten Mischnick und Zoglmann am Nachmittag über die jüngste Entwicklung der Europa-Diskussion in den Unionsparteien. Bei einem Gespräch mit Erhard und Barzel hätten sie gefragt, ob eine Absetzung Schröders beabsichtigt, ein Minderheitskabinett geplant sei und schließlich Adenauer – wie berichtet wurde – de Gaulle eine Getreidepreisangleichung zugesagt habe. Barzel und Erhard hätten diese Fragen mit einem klaren „Nein“ beantwortet. Keine präzisen Auskünfte seien in dessen über die Gesprächsthemen Adenauers in Paris zu erlangen gewesen (vielleicht wissen die beiden Unionspolitiker selber nicht, worüber der „Alte“ mit de Gaulle konferierte). Man habe den Eindruck gehabt, daß Erhard wie Barzel sich darüber im klaren seien, welche Schwierigkeiten jede personelle Änderung im Kabinett zur Folge haben müßte.

³⁰ Am 9.9.1964 hatte der Ministerrat der DDR beschlossen, daß im Rentenalter stehenden Bürgern jährlich eine Besuchsreise zu Verwandten in der Bundesrepublik mit einer Aufenthaltsdauer bis zu vier Wochen genehmigt werden kann.

Danach habe Schröder der FDP-Delegation den Wunsch nach einem Gespräch übermittelt. Diese Unterredung habe den Eindruck bestätigt, daß die Auseinandersetzung über die Europapolitik in der Union sehr hart geführt werde und daß tatsächlich beabsichtigt war, einen Personenwechsel (im Amte des Außenministers) durchzuführen, der dann aber verhindert wurde. Zoglmann ergänzte: Vor dem Gespräch mit Erhard habe Barzel der FDP geraten, unbedingt die „Frage Schröder“ anzuschneiden.

Erhard habe inzwischen vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU wieder einmal seine Entschlossenheit bekräftigt, die bisherige Außenpolitik „unbeirrt fortzusetzen“. Dem heute veröffentlichten Kommuniqué zufolge, soll Adenauer in dieser Sitzung seiner Freude darüber Ausdruck gegeben haben, daß er mit Erhard – „wie sich gerade in den letzten Tagen gezeigt habe“ – in der Beurteilung der politischen Fragen übereinstimme.

Freitag, den 20. November 1964

Mein gestriger, etwas skeptischer Artikel zum Jahrestag der Kennedy-Ermordung hat unvermutet einigen Wirbel verursacht. Ausgelöst wurde er durch eine den Inhalt meines Kommentars keineswegs deckende Überschrift einer AP-Meldung („FDP bezweifelt Johnsons Führungsfähigkeiten“)³¹. *Tagesspiegel* und auch der Nachrichtenspiegel des Presseamtes übernahmen den „Knüller“. Das brachte die Berliner FDP und natürlich auch Mende in helle Aufregung. Auf dessen Wunsch gab die Pressestelle heute eine Richtigstellung heraus. Friderichs findet die AP-Meldung und damit die ganze Aufregung nicht gerechtfertigt. Ich auch nicht.

Mittwoch, den 25. November 1964

Mit einer deftigen Erkältung am Nachmittag vorzeitig vom SPD-Parteitag in Karlsruhe zurückgekehrt. Die Reise hat sich auch so kaum gelohnt. Es war ein Kongreß ohne wirkliche Höhepunkte, gedämpfter Trommelklang und viel Routine. Zum Auftakt am Sonntagabend im Parkhotel für uns Journalisten ein teures Menu und eine magere Rede Wehners. Gestern Willy Brandt: ganz Staatsmann beim Vortrag seines „Regierungsprogramms“. In der außenpolitischen Arbeitsgemeinschaft eine lustlose Debatte nach wie üblich gutformulierter Erler-Rede. Als Garnierung Ministermannschaft und wissenschaftliche Beraterstäbe, letztere offenbar et-

³¹ W. Schollwer: „Die Folgen von Dallas – Die Welt, ein Jahr nach der Ermordung Kennedys“ – in fdk 15/93 vom 19.11.1964. Darin hieß es u.a.: „Seit dem 22.11.1963 konzentriert sich die Politik der USA wesentlich auf inneramerikanische Vorgänge. Die Außenpolitik Washingtons stagniert. Das westliche Bündnis treibt praktisch führerlos in den hochgehenden Wogen der internationalen Entwicklung dahin.“

was eilfertig, ohne vorherige Rückfrage bei den Berufenen zusammengestellt. Raiser und Dahrendorf protestierten bereits³².

Sonntag, den 6. Dezember 1964

Vier Tage in Berlin. Auf der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ in der Kongreßhalle kam es im Forum 2 (Außenpolitik) zu einer ziemlich aufgeregten Diskussion über die Deutschlandpolitik, nachdem zunächst Wortmeldungen zum vorgelegten Fragenkatalog ausgeblieben waren.

Dabei war die Fragestellung vergleichsweise harmlos, eigentlich nur die Oberfläche der Deutschlandproblematik berührend. Dennoch stießen manche Diskutanten bis in die sensiblen Bereiche vor (mangelnde Klarheit der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, Seehofer-Äußerungen, fehlendes Bemühen um Interesse des Ostens an deutscher Einheit, wieder-vereinigtes Deutschland – in welchen Grenzen?). Tags darauf zeigte sich der Meinungswandel im Kuratorium noch deutlicher: Im Forum 3 (Umbruch im Ostblock) war die Aussprache nicht nur interessant und in die Tiefe gehend, sondern auch zumeist fortschrittlich und positiv. Und bei dem öffentlichen Diskussionsforum am Nachmittag mit Bahr, Bender, Bölling, Schwarzkopf und Holzamer erntete Bender mit unorthodoxen Bemerkungen zur Deutschlandpolitik neben Äußerungen des Unwillens vom Publikum auch vereinzelt Beifall.

Am Abend des Freitag eine LDP-Beiratssitzung im Rathaus Schöneberg. Man beschloß einen Flüchtlingsinformationsdienst ins Leben zu rufen, der sich hauptsächlich an ehemalige LDP-Mitglieder wenden und gesamtdeutsche Informationen bringen soll. Ein Redaktionsausschuß wurde gebildet, der sich am 16. Dezember in Bonn über die technischen Einzelheiten dieses Dienstes und dessen Titel verständigen wird³³. – Am Samstag endete die Kuratoriumstagung mit einer „Rettet-die-Freiheit-Rede“ Barzels, deren Ende Walper und ich nicht abwarteten.

Montag, den 7. Dezember 1964

Heute auf der Vorstandssitzung im Bundeshaus, verteidigte Mende in auffälliger Weise die antiamerikanische Politik de Gaulles. Selbst für das Mißtrauen der französischen Regierung gegenüber Bonn fand unser Vor-

³² Nach einer in Karlsruhe herausgegebenen Pressemitteilung der SPD vom 24. 11. sollten sich 36 Professoren, „die zum großen Teil an der Studie ‚Deutschland 1975‘ als Gutachter mitgewirkt haben“, bereit erklärt haben, die SPD und „eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung fachlich zu beraten.“

³³ Seit der Einstellung des *Ostdienstes* im Frühjahr 1957 hatte die FDP keinen speziellen Informationsdienst für die LDP-Flüchtlinge mehr herausgegeben. Mitglieder des Redaktionsausschusses waren: Rudolf Wiebach, Christian Zeis, Hermann Marx und Wolfgang Schollwer.

sitzender eine Entschuldigung: Adenauer habe vor Jahren in Paris so weitgehende Zusagen gemacht, daß der Eindruck in Frankreich, Bonn opereiere „zwielfichtig“, berechtigt sei. Zur MLF stellte Mende mit Genugtuung (die ich übrigens teile) fest, sie sei in „alter Prägung“ tot, da Großbritannien und Frankreich nicht mitmachten. Sollte Bonn auf die Idee kommen, das Projekt allein mit den USA (oder zu dritt mit London und Washington) zu verwirklichen, so habe das den Austritt Frankreichs aus der NATO zur Folge.

Sodann unterrichtete M. den Vorstand über einen Brief, den er Erhard geschrieben habe, damit dieser das Thema Deutschlandpolitik auf die Tagesordnung einer der nächsten Kabinettsitzungen setze.

Der Kanzler habe ihn – Mende – übrigens ermächtigt, in Paris eine neue Deutschlandinitiative mit Einsetzung von gemischten Kommissionen und Auftragsverhandlungen zu fordern: Carstens habe ihm von diesem Plan abgeraten, weil andere daran bereits Geschmack gefunden hätten.

Ein von der Pressestelle vorbereitetes Kommunique fand wegen der gelinden Kritik an der Europa-Politik de Gaulles im zweiten Absatz nicht die Zustimmung Mendes. Er formulierte diesen Teil neu, was nun wiederum die Kritik Starkes herausforderte³⁴. Mende reagierte gereizt, bekannte sich ostentativ zur französischen Ostpolitik und meinte, man müsse die Europa-Politik überdenken, weil die Amerikaner uns „sitzen gelassen“ hätten!

Krach gab es auch bei der Diskussion über die Verjährungsfristen. Als sich Eisenmann (als einziger) sogar für eine Generalamnestie aussprach, wurde er von Stritzek und Hamm-Brücher überaus scharf angegangen. Was E. zu der Erklärung veranlaßte, er werde aus der Partei austreten, falls man ihm parteischädigendes Verhalten vorwerfe³⁵.

Dienstag, den 8. Dezember 1964

Bei drei Stimmenthaltungen hat sich die Fraktion heute nachmittag dagegen ausgesprochen, dem Antrag von CDU/CSU und SPD über Verfolgung von NS-Verbrechen beizutreten. Der Beschlußfassung ging eine längere Debatte voraus, in der Zoglmann Justizminister Bucher wegen dessen jüngster Äußerungen zur Frage der Verjährungsfristen heftig attackierte. Nach erregter Auseinandersetzung darüber, ob Bucher im Kabinett die Fraktionshaltung in dieser Sache vertreten solle, bei der Brodesser die Ab-

³⁴ Entwurf der ursprünglichen Fassung bei den Handakten Schollwers (ADL 6955/45).

³⁵ Für eine Verlängerung der Verjährungsfristen bei der Verfolgung von NS-Mordtaten sprach sich in der Vorstandssitzung Edgar Engelhard aus.

geordneten mit neuesten Umfrageergebnissen schockte³⁶, erklärte sich Bucher schließlich bereit, sowohl im Kabinett als auch im Plenum keine andere als die Fraktionsmeinung vorzutragen.

Mischnick, der die Sitzung leitete, berichtete über ein Koalitionsgespräch in Sachen Deckung des Bundeshaushaltes sowie über einen Brief von Moersch an den Fraktionsvorstand, in dem die Frage gestellt wurde, ob die FDP bereits für 1965 an die CDU „verkauft“ worden sei. Zoglmanns Antwort: FDP und CDU/CSU seien sich bei dem Koalitionsgespräch darüber einig gewesen, auch nach 1965 zusammenzubleiben, sofern man gemeinsam die Wahlen gewönne. Barzel habe in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob der „Fall Strauß“ von der FDP so angesehen werden, daß der CSU-Vorsitzende erst einmal „seine Prozesse in Ordnung“ bringen müsse. Z. habe diese Frage bejaht. Mende meinte jedoch in der Fraktionssitzung, die Behauptung, die FDP sei auf eine Koalition mit der CDU festgelegt, auch wenn die SPD bis auf 4 Stimmen an die absolute Mehrheit herankomme, sei ein „Störmanöver im Wahlkampf“ (!). M. setzte übrigens vor der Fraktion seine gestrige Berichterstattung über die jüngste Parisreise mit zusätzlichen Informationen fort.

Montag, den 14. Dezember 1964

Der Geschäftsführende Bundesvorstand diskutierte am Nachmittag ausführlich die Koalitionsfrage. Mende plädierte dafür, sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht festzulegen, Weyer widersprach: „Ich sehe keine andere Möglichkeit als zu erklären, wir wollen die Regierung fortsetzen.“ Rubin legte die finanzielle Lage der Partei dar. Für die Bundestagswahl benötige die FDP 7½ Millionen, Zusagen lägen bisher für etwa 5 Millionen DM vor. Nach einer Darstellung Friderichs über die weitere Wahlkampfplanung und des bisherigen Verlaufs der „Winterreise“ der Parteiprominenz³⁷ („Bevölkerung votiert für ein Dreiparteien-System, aber nicht mit gleicher Stärke für die FDP“) wandte man sich dem heißen Thema des Getreidepreises zu³⁸. Der Vorstand fühlt sich hier von Erhard hintergangen (Rubin: „Es ist eine Katastrophe, wie wir hinten und vorne belogen und betrogen werden“). Genscher warnte Mende, diese Affäre zu bagatelisieren und die Verantwortung auf die Fraktion abzuschieben: Mende

³⁶ Brodesser teilte das Ergebnis der neuesten Allensbach-Befragung aus der 1. Novemberhälfte mit: 50% SPD, 43% CDU und 5% FDP.

³⁷ Im Vorwahlkampf zum 5. Deutschen Bundestag führte die FDP zur Sympathiewerbung und Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades unter den Wählern eine „Winterreise“ der Parteiprominenz durch. Bei Podiumsdiskussionen stellten sich die führenden Vertreter der FDP den Fragen des Publikums.

³⁸ Es ging um die Senkung des deutschen Getreidepreises von DM 475 auf DM 440 je Tonne ab 1967. Damit sollten die deutschen Preise dem europäischen Agrarmarkt angepaßt werden.

werde mit Sicherheit für diesen Beschluß (hinsichtlich der Harmonisierung der Getreidepreise) mitverantwortlich gemacht werden. M. versprach, mit Erhard über dieses Thema noch einmal zu sprechen, Mischnick forderte dagegen ein Koalitionsgespräch mit dem Kanzler. Am schärfsten argumentierte wieder einmal Zoglmann, der sofort mit dem Kanzler zu sprechen wünschte. Friderichs und Rubin wiegelten ab und wiesen auf mögliche Konsequenzen (Koalitionsaustritt wegen Getreidepreis!) hin. Schließlich wurde beschlossen, daß Mende noch heute dem Kanzler einen Brief schreibt, darin seine Überraschung über die jüngste Entwicklung in Brüssel zum Ausdruck bringt und die ernststen Bedenken der FDP gegen den beabsichtigten Kompromiß wegen dessen Auswirkungen auf den Haushalt darlegt. Die dabei angewandten Methoden stellen eine „schwere Trübung der Zusammenarbeit“ dar (so wird es M. wohl nicht formulieren).

Mittwoch, den 16. Dezember 1964

Schmücker hat gestern gegen Abend vor der Fraktion versucht, seine Brüsseler Getreidepreis-Entscheidung zu verteidigen. Die deutsche Delegation sei mit ihren Forderungen hinsichtlich der Ausgleichszahlungen nicht durchgedrungen. Darum habe er – angeblich im Einvernehmen mit allen Delegationsmitgliedern (auch mit Hüttebräuker!) vorgeschlagen, den Getreidepreis auf 425 DM zu senken. Damit seien die Deutschen endlich den „schwarzen Peter“ los geworden. Dann eine kritische (selbstkritische?) Bemerkung: „Bei der Finanzierung haben wir Haare lassen müssen, weil wir von Anfang an unsere Position nicht strategisch ausgebaut haben.“ – In der nachfolgenden Diskussion reagierten die Parteifreunde ihren Zorn über Erhards Umfall ab: Logemann sprach von „falscher Ausgangsposition“, Ertl von „Kapitulation“, andere sahen im Getreidepreisbeschluß einen „Triumph der Sozialisten“ und beklagten den „Schaden für den deutschen Export“. Schmücker war sichtlich froh, als er endlich nach anderthalb Stunden den Fraktionssaal wieder verlassen konnte. Als er gegangen war, berichtete Starke, Staatssekretär Grund habe ihm soeben versichert, den Brüsseler Beschlüssen nicht zugestimmt zu haben. Diese Mitteilung löste neue scharfe Attacken der Abgeordneten Effertz und Diemer-Nicolaus gegen das Brüsseler Ergebnis, gegen Schmücker und den Kanzler aus. Meinte Starke: Erhard habe bereits Adenauers Dolch im Rücken und handele deshalb so, wie er es selbst gar nicht für richtig halte.

Zuvor hatte sich die Fraktion (nach einem Referat von Schultz) mit dem Thema MLF beschäftigt. Achenbach forderte, die FDP solle dieses Projekt offen ablehnen. Der politische Ursprung der MLF-Idee sei, daß Washington glaube, die Deutschen würden auf die Dauer nicht auf A-Waffen verzichten wollen. Wenn Bonn diesen Verzicht ausspreche, werde „der

Welt ein Stein vom Herzen fallen“. Auch Krümmers und Dehlers votierten aus politischen Gründen gegen die multilaterale Atomstreitmacht. Ein sehr vernünftiger Standpunkt, scheint mir.

Heute nachmittag traf sich der am 5. Dezember in Berlin beschlossene Redaktionsausschuß im Bonner Talweg. Der Vorschlag von Zeis, den neuen Informationsdienst „Liberaldemokratische Korrespondenz“ zu benennen, fand allgemeine Zustimmung. Die erste Ausgabe soll am 25. Januar erscheinen, danach etwa einmal im Monat.

Freitag, den 18. Dezember 1964

Die Deutschlanddiskussion am Rande der Pariser NATO-Konferenz war eine totale Pleite. Nicht einmal die obligatorische gemeinsame Deutschlanderklärung kam zustande; angeblich soll dieses Vorhaben an Frankreich gescheitert sein. Aber auch die USA und Großbritannien versprechen sich gegenwärtig von neuen Deutschlandinitiativen offenbar nichts. Diese kalte Dusche für Bonn könnte nützlich sein, sofern sie unsere Politiker dazu veranlaßt, endlich einmal ernsthaft darüber nachzudenken, wie man heute überhaupt noch in der deutschen Frage vorankommen kann. In diesem Sinne argumentierte ich auch heute in der Rundfunkdiskussion mit Rathke und Markscheffel. Das stimmt allerdings nicht ganz mit dem überein, was Genscher heute mittag bei unserem Essen mit Blumberg und Dunningan etwas dramatisch ankündigte: eine Warnung der FDP an die USA wegen deren Deutschlandpolitik. Mir schien es vernünftiger zu sein, zunächst einmal unser eigenes deutschlandpolitisches Instrumentarium auf seine weitere Brauchbarkeit hin zu prüfen, bevor wir anderen drohen.

Montag, den 21. Dezember 1964

Rechtzeitig zum Fest hat mir die Partei noch ein „Geschenk“ besonderer Art gemacht: Maurer rief mich heute nachmittag zu Hause an, um mir Umutsäußerungen von Friderichs über meine Pressearbeit in absentia mitzuteilen. Besonders die Behauptung von F., die fdk erscheine zu wenig in der Presse, wurmt mich. Auch mein letzter Artikel vom vergangenen Donnerstag hatte in der In- und Auslandspresse wieder ein breites Echo. Aber vielleicht paßt gerade das Herrn Friderichs nicht?

Donnerstag, den 31. Dezember 1964

Mende hat zum Jahreswechsel in einem Rundbrief an die Parteifreunde einige beherzenswerte Feststellungen getroffen. Er spricht von „Schatten die uns bedrücken“, von der Notwendigkeit einer Gewissensforschung,

„ob und wo wir Fehler gemacht haben.“ Gut auch, was er zur Deutschlandpolitik formulierte.

Damit aber steht es auch an diesem Jahresende nicht zum besten. Trotz gewisser Korrekturen und kleiner Fortschritte auf dem Gebiet des innerdeutschen Personenverkehrs ist eine wirklich zeitgemäße, gut durchdachte und langfristig angelegte Verklammerungspolitik noch nicht in Sicht. Nach den Aufregungen über die *Quick*-Veröffentlichung ist auch die FDP allzu schnell zur Tagesordnung des Fortwurstelns und gelegentlicher Minimalkorrekturen an Adenauers Deutschlandpolitik übergegangen. Zudem besteht die Gefahr, daß der heraufziehende Bundestagswahlkampf die Fortführung einer sachlichen Diskussion der deutschen Frage gänzlich unmöglich macht.